

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M. (davon 97 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3,97 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren- und 72 Pf. Postbefreiungswähren. Auslandabonnements 5,65 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Posttarif 4,65 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Illustrierte Sonntagsbeilage „Wolk und Zeit“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einpalt. Millimeterzeile 20 Pf. Restzeile 2-3 M. „Kleine Anzeigen“ das fettegedruckte Wort 20 Pf. (zuletzt zwei fettegedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Kabini 11. April. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Sorten. Arbeitsmarkt Millimeterzeile 16 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 2. wochentags von 9 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht ergebender Anzeigen vor!

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Hempr.: Dönhoff (A 7) 298-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dr. S. n. Disz.-Gef., Depotbank, Jerusalemstr. 65-66.

Kampfruf der Gewerkschaften!

„Die schlimmsten Befürchtungen übertroffen.“

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände aller Richtungen veröffentlichen zur neuen Notverordnung folgende Erklärung:

„Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen stellen einmütig fest, daß die in der Notverordnung enthaltenen Abbaumaßnahmen und Reiblastungen die schlimmsten Befürchtungen, die die gesamte deutsche Arbeitnehmerchaft auf Grund der programmatischen Erklärung der Reichsregierung hegen mußte, weit übertreffen. Damit hat sie den Kampf aufgenommen gegen die sozialen Einrichtungen des Staates, den sie als „soziale Wohlfahrtsanstalt“ bezeichnet hat. Dieser Angriff muß von den Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten als eine Herausforderung empfunden und mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden.“

Die unter größten Opfern von den Arbeitnehmern aufgebauten sozialen Versicherungseinrichtungen sind in ihren Grundlagen bedroht. Die Arbeitslosenversicherung ist praktisch beseitigt. Die Arbeitslosen werden rücksichtslos der „Armenpflege“ überlassen. Die steuerlichen Neubelastungen sind vornehmlich den leistungsschwachen Schichten auferlegt.

Kein Arbeitsbeschaffungsplan, auch sonst kein aufbauender, in die Zukunft weisender Gedanke, der eine Besserung der furchtbaren Wirtschaftslage und ein Ende der immer fortschreitenden Verelendung des Volkes erhoffen läßt, ist zu erkennen.

Die Gewerkschaften wissen, daß die Not der Zeit Opfer fordert. Aber sie verlangen im Geist wahrer Volksgemeinschaft eine sozial gerechte Verteilung unermessbarer Lasten. Ein Staat, der sich in erster Linie zum Schutz des Besitzes bereit findet, verkennt seine vornehmste nationale Aufgabe.

Die Gewerkschaften appellieren an alle Kräfte in Staat und Volk, denen die Einheit des Volkes und das Wohl der Gesamtheit am Herzen liegt, sich mit ihnen in der Bekämpfung dieses sozialen Unrechts zu vereinen. Sie sind entschlossen, ihre ganze Kraft einzusetzen, um den breiten Massen des Volkes wieder den Lebensraum zu verschaffen, der die unerläßliche Voraussetzung für die Gesundung von Wirtschaft und Staat ist.

- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
- Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften.
- Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter- und Angestelltenverbände.
- Allgemeiner freier Angestelltenbund.
- Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.
- Gesamtverband deutscher Verkehrs- und Staatsbediensteter.

Die gute Hessenwahl.

Der Bann ist gebrochen.

Von Carl Mierendorff-Darmstadt.

Die Nationalsozialisten haben in Hessen ihr Ziel nicht erreicht: trotz starken Anstiegs und beträchtlichen Gewinns bleibt nach wie vor Hessen eine Regierungsbildung ohne Zentrum unmöglich. Die Partei steht jetzt 35:35, wenn man die zwei bürgerlichen Mandanten der Nationalen Einheitsliste (1 Deutsche Volkspartei und 1 Landbund) der Rechten hinzuzählt, obwohl sie offiziell mit der Front gegen den Sozialismus jeder Richtung gewählt wurden. Das Kabinett Adelong wird unter diesen Umständen aller Voraussicht nach als geschäftsführende Regierung in Hessen bleiben müssen.

Es war mit einem großen Erfolg der Nationalsozialisten zu rechnen. Das platte Land ist vollkommen naziverseucht, die bürgerlichen Parteien sind in voller Auflösung begriffen. Die Zusammenfassung zur nationalen Einheitsliste hat nicht gefruchtet. Die entscheidenden Kräfte der nationalsozialistischen Massen waren größer. Trotzdem ist bemerkenswert, daß der nationalsozialistische Gewinn von insgesamt 37 000 Stimmen (etwa 12 Proz.) nicht dem Gesamtverlust der bürgerlichen Rechtsparteien entspricht, der sich auf insgesamt 43 000 Stimmen beläuft.

Die Sozialdemokratie hat sich glänzend geschlagen. Es wäre schon ein großer Erfolg gegenüber Schwerin und Oldenburg gewesen, wenn wir unsere Stimmen behauptet hätten, denn der Wahlschlag war außerordentlich kurz befristet und die Zeit sehr ungünstig. Jetzt ist die Zahl der sozialdemokratischen Wähler von 168 000 auf 172 500 angestiegen bei einem gleichmäßig starken Rückgang der Wahlbeteiligung von über 82 Proz. auf 74 Proz.

Das Ergebnis für die Linke wäre parlamentarisch noch günstiger, wenn nicht das Zentrum auch einen Verlust zu verzeichnen hätte, der vor allen Dingen auf mangelnde Aktivität zurückzuführen ist.

Das Schlimmste jedoch ist die geradezu katastrophale Niederlage der Kommunisten; sie haben ein Viertel ihrer Stimmen verloren. Das ist die Folge der Sünden der kommunistischen Führung, die die kommunistischen Massen erst aufputscht, um sie dann völlig richtungslos im Stiche zu lassen!

Der Erfolg der Sozialdemokratie ist das Ergebnis intensiver systematischer Arbeit unter Anwendung der neuen Propagandamethode. Symbolkrieg und Außenpropaganda waren die Hauptwaffen. Leider war die Zeit zu kurz, um die neue Methode im ganzen Lande reiflos durchzuführen. Dementisprechend ist das Ergebnis unterschiedlich. In Oberhessen, wo die Organisation schwach und die Naziverseuchung gewaltig ist, ist das Ergebnis schlecht. Hier hat die Sozialdemokratie auch Verluste zu buchen, obwohl sie minimal sind, wenn man die schwierigen Umstände in Rechnung stellt.

In Rheinhessen war das Ergebnis besser! hier sind die oberhessischen Verluste nicht nur ausgewegt, sondern überkompensiert, und der Hauptverdienst kommt dabei Stadt und Kreis Worms, sowie Stadt und Kreis Mainz zu.

Infolgedessen entspricht der Gesamtgewinn in Hessen im wesentlichen dem Gewinn in der Provinz Starkenburg von rund 4000 Stimmen. Auch in Starkenburg waren es die Städte, die vorzüglich gewählt haben, in erster Linie Offenbach und Darmstadt.

Das Darmstädter Ergebnis ist ganz besonders erfreulich. Hier sind nämlich den bürgerlichen Parteien, einschließlich Nationalsozialisten, beachtliche Verluste beigebracht worden: Deutschnationale 500, Nationale Einheitsliste 1300 und Nationalsozialisten 600, während die Sozialdemokratie einen Gewinn von 1340 Stimmen buchen konnte, und das in einer Stadt, die geradezu ideales Nazipflaster bildet.

Dieses Ergebnis zeugt für die Wirksamkeit der neuen Massenpropaganda. Nur in Darmstadt war es möglich, die

Hitler toleriert Papen.

Ein deutschnationaler Kronzeuge.

Der deutschnationale Abgeordnete des Preussischen Landtags, Dr. Eduard Stadler, der zu den Nazis gute Beziehungen unterhält, sagt ihnen in seiner Zeitschrift „Das Großdeutsche Reich“ offen ins Gesicht, daß die Regierung Schleicher-Papen im Einvernehmen zwischen Herrn von Schleicher und Hitler zustande gekommen ist. Stadler schreibt:

„Dem Reich gegenüber ist das Verhalten der nationalsozialistischen Führung kompliziert und seltsam. Es ist eine unwiderlegliche Tatsache, daß die Kabinettsbildung dort auf einem „Einvernehmen“ zwischen Herrn von Schleicher und Herrn Adolf Hitler beruht. Herr Hitler „toleriert“ das Kabinett und erhält dafür als Gegenleistung die Auflösung des Reichstages und die Aufhebung des SA-Verbotes. Gleichzeitig aber kämpft der Nationalsozialismus mit allen agitatorischen Mitteln gegen das „kapitalistisch-reaktionäre Kabinett“ und beschimpft dabei im Lande eine Regierung, die im Grunde genommen eine von Hitler tolerierte Staatsgewalt darstellt. Das ist, als ob die nationalsozialistische Führung sowohl in Preußen wie im Reich den neuen Zustand im Innersten begrüßte, weil er neue Agitationsmöglichkeiten bietet! Und schon jetzt spielt man mit dem Gedanken einer neuen Auflösung des Preussischen Landtages! Da kann man sich nicht wundern, daß allmählich der Gedanke aufkommt, Hitlers politische Kunst erschöpfe sich ausschließlich in agitatorischen Elementen. Die Gegner Hitlers vertreten sogar die These, es käme ihm nur auf das „Trommeln“ an, und die überlaut proklamierte Bereitschaft, die Alleinverantwortung zu übernehmen, sei nichts als verdrängte Verantwortungsflucht.“

Hier plaudert ein Mann aus der Schule, der weiß was bei den Nazis gespielt wird. Insofern ist seine Feststellung, daß die Regierung Schleicher-Papen eine Regierung von Hitlers Gnaden ist, als authentisch zu betrachten. Von berufener Seite ist damit zugleich festgestellt, daß die unsoziale Notverordnung der Schleicher-Regierung nur im Einverständnis mit Hitler und Konjunkten möglich war.

Straßer kneift.

Ueberwachungsausschuß noch nicht einberufen.

Der Ueberwachungsausschuß des Reichstags, dessen Vorsitzender der nationalsozialistische Abgeordnete Gregor Straßer ist, ist bisher nicht einberufen worden, obwohl eine entsprechende Forderung bereits von verschiedenen Parteien erhoben worden ist.

Außer mit der unsozialen Notverordnung soll sich der Ausschuß auch mit der Frage der Rechtsgültigkeit der Notverordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstags beschäftigen. Dem Reichstag liegen ferner zahlreiche Anträge auf Aufhebung der Immunität von Abgeordneten vor, deren Erledigung ebenfalls den baldigen Zusammentritt des Ueberwachungsausschusses erforderlich macht. Die

sozialdemokratische Reichstagsfraktion will die Reichsregierung vor dem Ueberwachungsausschuß schließlich zwingen, ihre Absichten auf Subvention der hochkapitalistischen Vereinigten Stahlwerke mit Reichsmitteln darzulegen.

Sollte der Abg. Straßer die Einberufung des Ausschusses noch weiter verschleppen, so dürfte die Einberufung durch den dafür zuständigen Präsidenten des Reichstages unmittelbar veranlaßt werden.

Sie merken was!

Nun weiter vorwärts gegen die Reaktion.

Die „Tägliche Rundschau“ schreibt über die Wahlen in Hessen:

„Eine Beurteilung des Wahlergebnisses muß von der überraschenden Tatsache ausgehen, daß die Sozialdemokratie zwei Mandate gewonnen hat. Dieser Gewinn erfolgte zwar aus dem marxistischen Lager, trotzdem ist er beachtlich. Es zeigt sich bei den Hessenwahlen, daß die beiden großen Parteien (SPD. und Zentrum), die der NSDAP. gegenüberstehen, durchaus intakt sind. Die Sozialdemokratie wird auch ohne Zweifel bis zur Reichstagswahl ihre Agitation verstärken und einen Teil des linken Bürgertums für sich gewinnen.“

Die Weisung des nationalsozialistischen Propagandaleiters Dr. Goebbels, nicht über die Taten der Regierung von Papen zu diskutieren, wird die sozialdemokratischen Angriffe gegen die äußerste Rechte noch verschärfen. Der Reichstagswahlkampf kann u. E. durchaus mit einem überraschenden Erfolg der Sozialdemokraten enden, da sich die Regierungspolitik in den nächsten Wochen kaum vorteilhaft für die der Regierung nahestehenden Gruppen auswirken wird. Achtung, Linksturve!“

Antifaschistische Einheitsfront in Bayern

Bayerische Volkspartei und Bauernbund gehen zusammen.

München, 20. Juni. (Eigenbericht.)

Die zunehmende Verelendung der bayerischen Landbevölkerung durch das Hakenkreuz hat zu Einigungsverhandlungen zwischen der Bayerischen Volkspartei und dem Bayerischen Bauernbund geführt.

Diese Einigung soll darin bestehen, daß unter Beibehaltung der organisatorischen Selbständigkeit beider Parteien ein gemeinsamer Wahlvorschlag für die Reichstagswahlen eingereicht wird unter dem Kennwort: „Bayerische Volkspartei mit Bayerischem Bauern- und Mittelstandsbund“. Auf diesen Wahlvorschlag sollen vier Kandidaten des Bauernbundes an sicherer Stelle gesetzt werden, darunter die bisherigen Abgeordneten Professor Fehr, Kling und Gaudorfer. Die Landesauschüsse beider Parteien haben sich bereits für die Einigung ausgesprochen.

Noch und noch! Ueber das Ergebnis der Hessenwahlen schreibt zusammenfassend die kommunistische „Welt am Abend“: „Die Erfolge der Kommunisten wären wahrscheinlich noch größer gewesen, wenn nicht auf dem Lande von der SA. ein blutiger Wahlterror verübt worden wäre.“

Methode hundertprozentig durchzuführen. Unter der Bucht der ungeheuren Aufmärsche in Darmstadt beginnt ein Teil des Bürgertums schwankend zu werden und fragt sich mit Recht, ob man gegen diesen geschlossenen Freiheitswillen und den Will von hochgerichteten Fräulein das Experiment einer Razzia einherführen machen darf!

Auch sonst sind die Aussichten für die Zukunft durchaus gut! Es war zwar diesmal noch nicht möglich, die führerlos gewordenen kommunistischen Wähler schon jetzt an uns heranzureißen. Sie werden aber bereits bei der Reichstagswahl aus ihrer Indifferenz von uns herausgeholt werden, wenn die neue Agitation im ganzen Land durchgeführt ist.

Die Sozialdemokratie hat mit diesem Ergebnis den neuen Vormarsch auch in Süddeutschland angetreten. Der Bann ist gebrochen. Planmäßige Massenorganisation hat ihre Ueberlegenheit über wilden, fachsiftischen Massenwahnsinn erwiesen. Wir sind stolz, daß wir der Partei im Reich diesen guten Luftakt zur Reichstagswahl liefern konnten!

Die Verfügung von Halle.

Widerspruch erhoben. — Schadenersatzklage gegen die Nazis.

Gegen das sozialdemokratische „Volksblatt“ in Halle hat der dortige nationalsozialistische Gauleiter eine einstweilige Verfügung erlassen, weil es die nahen Beziehungen der Nationalsozialisten zur Regierung Papen öffentlich gekennzeichnet und gesagt hatte, daß die Partei des Herrn Hitler vor dem Volk als die Partei der Reichen gegen die Armen, die Partei der schlimmsten Betrüger des wertvollen Volkes, die Partei der Plutokraten dastehet. Natürlich entbehrt die einstweilige Verfügung jeder rechtlichen Grundlage. Sie zeigt nur, wie unangenehm den Nationalsozialisten die Aufdeckung ihrer Verbindungen zur Regierung Papen und die Klarstellung der Verantwortlichkeit der Nazis für die Notverordnungen der Baronsregierung ist. Das halle'sche „Volksblatt“ hat gegen den Erlass der einstweiligen Verfügung Widerspruch erhoben. Um den Nationalsozialisten aber die Freude an derartigen Versuchen, die Wahlfreiheit zu beeinträchtigen, gründlich zu versetzen, wird gegen den Gauleiter Jordan in Halle ein Schadenersatzprozeß wegen des nicht unerheblichen materiellen Schadens eingeleitet werden, der durch die Herbeiführung der einstweiligen Verfügung entstanden ist.

„Angriff“ in Verteidigung.

Vernebelte Rückzugsmanöver.

Der „Angriff“ bricht alle Rekorde im Lügen, auch seinen eigenen. Schon in jener vergangenen Zeit, in der er noch ein Organ der „nationalen Opposition“ war, durfte er den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, das verlogenste Blatt Europas zu sein. Jetzt als Regierungsblatt ist er noch verlogener — er lügt sogar, er wäre keines! Dabei guckt ihm die Offiziösität aus allen Scherzen heraus.

Der „Angriff“ hat sich gegenüber der Rotverordnung Papens zunächst totgestellt. Nachdem wir ihm ein paar Rippenstöße versetzt hatten, hat er einige Verlegenheitsphrasen gemurmelt, aus denen man schließen sollte, daß er mit der Rotverordnung auch nicht ganz einverstanden sei. Auf diese Phrasen beruht er sich jetzt wieder, er drückt sie noch einmal ab und stellt sich dann so, als hätte er damit bewiesen, daß die Nazis an der Rotverordnung ganz unschuldig seien.

Der „Angriff“ beruht sich darauf, daß in der Regierung Papen kein eingeschriebener Nationalsozialist ist! Aber hat vielleicht in der Regierung Brüning ein Sozialdemokrat gesessen? Die Sozialdemokratie hat dauernd den schärfsten Druck auf die Regierung Brüning ausgeübt, um ihre Rotverordnungsprozeß zu mildern, sie hat an ihren Rotverordnungen die schärfste Kritik geübt — und doch hat der „Angriff“ die Sozialdemokratie für jeden Paragraphen der Brüning'schen Rotverordnungen verantwortlich gemacht.

Zwischen Papen-Regierung und Nazis besteht ein Verhältnis von einer Intimität, wie sie zwischen Brüning und uns nie bestanden hat. Das Kabinett der Barone ist nachweislich die Frucht der nationalsozialistischen Wählerfolge, es hat nachweislich schon im Zustand seines Entstehens mit den NSDAP. Abmachungen getroffen, die mit der Reichstagsauflösung und der Aufhebung des SA-Verbots in Erscheinung getreten sind. Es gehört unter solchen Umständen für die Nazis wirklich ein ungewöhnlicher Mut dazu, ihre Komplizität mit Papen und ihre Schuld an dem brutalen Charakter der neuen Rotverordnung in Abrede zu stellen.

Dem „Angriff“ ist die Rot des Volkes ganz gleichgültig. Wichtiger sind ihm die neuen Rotverordnungspläne der SA. Wichtiger sind ihm die von der Reichspressestelle zu vergebenden Futtertrippelstellen. Die Bestallung des Zentrumsmanns Ragenberger als WTB-Direktor verleiht ihm in ehrliche Aufregung; offenbar meint er, jetzt dürfen nur noch Nationalsozialisten ein Amt bekommen. Ginge es nach seinen Wünschen, so müßten alle amtlichen Pressestellen schleunigst in nationalsozialistische Pressefälle verwandelt werden.

Und nebenbei tut er noch, als wäre er nicht offiziös!

Polen provoziert Danzig.

Der neueste Fall.

Die Polen unausgesetzt Konflikte mit Danzig herbeiführt — und dadurch dem Nazismus die beste Förderung zuteil werden läßt —, zeigen auch die neuesten Affären am Kriegsschiffbesuche. Dieser Tage sind polnische Kriegsschiffe ohne die erforderliche Anmeldung beim Danziger Hafenanwalt eingelaufen und haben den Hafen trotz Aufforderung des Senats nicht fristgemäß verlassen.

Nun hat bereits am 17. Mai der deutsche Gesandte in Warschau den Befehl Danzigs durch deutsche Kriegsschiffe am 23. Juni angemeldet; in Warschau darum, weil Danzig dem Ausland gegenüber durch Polen vertreten wird. Polen hat diese Anmeldung nicht an die Danziger Regierung weitergegeben. Die Vertretung Polens in Danzig hat auch die Teilnahme an einer vertragsmäßig vorgesehenen Besprechung über das Programm des deutschen Notzuteils abgelehnt und schließlich als Begründung angegeben, es müßte zunächst noch festgestellt werden, ob amtliche Danziger Stellen etwa eine Einladung zu diesem deutschen Kriegsschiffbesuch an deutsche Stellen nach Berlin gerichtet hätten!

Damit wirkt Polen dem Freistaat Danzig eine Ueberschreitung seiner Rechte und damit einen Vertragsbruch vor. Nach Verhinderung des Senats ist diese Beschuldigung grundlos.

Bürgerkriegsähnliche Zustände.

Offener SA-Aufbruch gegen die Polizei. — Wo ist die „Beruhigung“?

Der nationalsozialistische „Angriff“ hat gestern an der Spitze des Blattes festgestellt: „Offener Bürgerkrieg rasch durchs Land.“ Der letzte Sonntag hat gezeigt, daß Deutschland in der Tat am Rand des Bürgerkriegs steht.

Im April ist die hitlerische SA verboten und ein allgemeines Anisormverbot erlassen worden mit der Begründung, daß ein Fortbestehen der hitlerischen Bürgerkriegsarmee in Deutschland zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen führen würde. Kann man sich dann wundern, wenn nach der Aufhebung dieses Verbotes bürgerkriegsähnliche Zustände eintreten?

In München und in Köln haben organisierte Angriffe auf die Ordnungspolizei durch uniformierte SA-Leute stattgefunden. In München hat neben anderen schweren Friedensbrüchen ein Sturm der SA auf eine Polizeiwache stattgefunden; in Köln ist aus dem braunen Hause heraus ein wilder Angriff mit Wurfgegen-

Die Aufhebung des SA-Verbotes hat leider die von weiten Kreisen befürchteten Folgen gehabt. Heute, am Sonntag, den 19. Juni, ist es in Köln zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Wir bitten, unverzüglich Maßnahmen zu treffen, daß solche bedauerlichen Störungen von Ruhe und Ordnung vermieden und Leben und Gut friedliebender Bürger gesichert werden. Wir fordern erneut und energisch Verbot uniformierter Verbände. Kölner Zentrumsparlei.

Aus der Tagung des Zentrums-Frauenbeirats des Wahlkreises Köln-Nachen wurden an den Reichspräsidenten und den Reichsinnenminister folgende Telegramme gefandt:

In Köln versammelte rheinische Frauen sind empört über heute hier erlebte blutige Ausschreitungen, veranlaßt durch herausforderndes Vorgehen uniformierter SA-Truppen. Sorge um Leben, Frieden und Freiheit, um Staatsautorität und Verfassungstreue zwingen uns, schnellste Abwendung weiterer Gefahren von Ihnen, Herr Reichspräsident, dem verfassungsmäßig höchsten Hüter der Staatsordnung zu erbitten. Für Zentrumsfrauen aus Regierungsbezirken Köln-Nachen: Timmermanns, Teusch, Bauer.

Der Stadiverband Katholischer Frauen- und Müttervereine Groß-Köln hat an den Reichspräsidenten das folgende Telegramm gefandt:

Tief betroffen durch blutigen Vorgang des heutigen Tages, voller Sorge um Wohl und Wehe unserer Familien und unseres Volkes, beschwören 32.000 im Stadiverband Groß-Köln vereinigte katholische Frauen und Mütter den Herrn Reichspräsidenten, durch sofortige Maßnahmen den schwer erschütterten inneren Frieden wiederherzustellen. Dechant Krug, Frau Barbara Joos.

Protest der christlichen Gewerkschaften.

Der Hauptvorstand des Gesamtverbandes der christlich-nationalen Gewerkschaften hat am Sonntag in Königswinter getagt. Dem Reichspräsidenten wurde folgendes Telegramm gefandt:

„Der in Königswinter versammelte Hauptvorstand der christlich-nationalen Gewerkschaften Deutschlands erhebt schärfsten Protest gegen den unsozialen Gehalt der letzten Rotverordnung und gegen die Aufhebung des Verbotes der SA und SS. Der von der Mehrheit des Volkes nicht herbeigewünschte Wahlkampf erfährt dadurch eine Verschärfung, die an vielen Stellen zu Gewalttätigkeiten führen wird. Der Hauptvorstand erwartet vom Herrn Reichspräsidenten die volle Einsetzung seiner Autorität und seiner staatsrechtlichen Befugnisse zur völligen Aufrechterhaltung der Staatsbürgerlichen Freiheit jedes einzelnen Deutschen, vor allem auch des werktätigen Volkes in Stadt und Land.“ Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Der Aufruhr von Köln.

Uniformierte SA greift die Polizei an.

Der nationalsozialistische Gas-„Angriff“ verbreitet die dreistesten Lügen über die blutigen Vorfälle vom Sonntag. Nach diesem Blatt sind alle blutigen Terrorakte, die sich über Sonntag in den verschiedensten Gebieten des Reiches ereigneten, entweder auf das Reichsbanner, auf die Kommunisten oder, wie beispielsweise in Köln und Münster, auf die Polizei zurückzuführen. Dreister kann wohl kaum gelogen werden. Nehmen wir nur die Vorfälle in Köln als Beweis dafür, wie das Nazigesindel lügt. Die „Kölnische Volkszeitung“, also kein sozialdemokratisches Blatt, berichtet darüber unter dem Titel „Köln unter Naziterror“ u. a. folgendes:

Zwischen 12 und 1 Uhr mittags kam es in der Mittelstraße wohl zu den Hauptunruhen der Mittagszeit. Hier passierte ein zu Wisperrungszwecken zum Ring fahrender Ueberfallwagen der Polizei das „Braune Haus“ in der Mittelstraße 11. Den Beamten wurden wüste Schmährufe, wie „Bluthunde, Seering- und Baufrucht“ zugerufen, so daß der Wagnführer abhüpfen ließ.

Im gleichen Augenblick prasselten aus den drei Stockwerken des voll besetzten Hauses Blumentöpfe, Garderobenkänder, Stühle und Tische auf die Beamten herab.

von denen einer am Kopf schwer verletzt wurde. Schließlich fielen noch Schüsse aus dem Braunen Haus, so daß die Beamten gezwungen waren, das Haus unter Feuer zu halten. Die Polizei zeigte besonnenes, aber ebenso entschlossenes Auftreten. Mit dem Revolver in der Hand säuberte sie die Straße. Wohl an die hundert Schredschüsse wurden abgegeben. Später traf noch eine Abteilung mit Karabinern ein. Das Braune Haus wurde von der Polizei besetzt und die politische Polizei nahm eine Durchsuchung vor.

Am Nachmittag setzte dann der Zug zur Rheinlandhalle ein. Vor der Rede Strahers griff Reichstagsabgeordneter Schaller (Köln) die Polizei in erregten Worten an und steigerte so die Angriffslust der Nationalsozialisten, was denn auch bald wieder durch neue Aktionen bewiesen wurde. Noch während der Versammlung verließen Nationalsozialisten die Rheinlandhalle und versuchten — wieder nach Angabe der Polizei — ohne den geringsten Anlaß und das geringste Recht, die kommunistische Verlagsbuchhandlung an der Rheinlandhalle in der Senioer Straße zu stürmen und zu durchsuchen.

Einschreitende Polizeibeamte wurden von ihnen zu Boden gerufen und konnten sich ebenfalls nur durch Schüsse Luft verschaffen.

ohne daß hier glücklicherweise jemand verletzt worden wäre. Im gleichen Augenblick wurden postenstehende Polizeibeamte aus dem Vorhof der Rheinlandhalle von Nationalsozialisten mit Steinen beworfen, so daß die Polizei auch hier scharf durchgreifen mußte. Im Laufe der Versammlung mußte die Polizei — beritten, zu Auto und zu Fuß — dann auch verschiedentlich die anliegenden Straßen säubern, um das Publikum zu beruhigen, das seinem Unwillen über das Verhalten der Nationalsozialisten mitunter lebhaften Ausdruck verlieh.

Dieser mit Meldungen aus anderen zuverlässigen Quellen übereinstimmende Bericht zeigt, daß nicht die Polizei die Nazis, wie es die Berliner Nazidreckschleuder behauptet, sondern die Nazis die Polizei provoziert haben. Wie in Köln, so in München und anderen Gegenden Deutschlands! Die SA-Verordnung beginnt bereits blutige Früchte zu tragen, noch ehe sie sich voll ausgewirkt hat.

Bayerische Methode



Anderwärts zur Nachahmung empfohlen!

ständen gegen die Polizei unternommen worden. Das ist die Begalität der SA, das ist die Beruhigung, die durch die Aufhebung des SA-Verbotes und des Anisormverbotes eingetreten ist!

Die Nationalsozialisten schreien jetzt: die Polizei ist schuld! Die Reichsregierung soll, so fordern sie, der Polizei in den Arm fallen. Reichskommissar für Preußen, Reichskommissar für Bayern! Die Nationalsozialisten fordern, daß die Reichsregierung ihnen volle Terrorfreiheit verschaffen und die friedliche Bevölkerung des polizeilichen Schutzes berauben soll. Sie provozieren Zusammenstöße, um dann zu schreien: die Polizei ist nicht mehr Herr der Lage! Ueber ihre Methode von Provokation und Terror, von Rechtsbruch und schamloseter Lüge ist kein Wort weiter zu verlieren!

An die Reichsregierung aber richten wir die Frage: wie weit wird sie das Experiment der Beruhigung durch Aufhebung des SA-Verbotes und des Anisormverbotes treiben?

Als am 13. April die Regierung Brüning die hitlerische Bürgerkriegsarmee verbot, hat sie eine Begründung für das Verbot gegeben, in der es hieß:

„Die Auflösung dieser Organisationen ist gemäß den Grundgesetzen des staatlichen Lebens notwendig, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten und die Staatsautorität vor weiteren schweren Beeinträchtigungen zu bewahren.“

Schon das Vorhandensein einer solchen Kampforganisation, die einen Staat im Staat bildet, ist eine Quelle steter Beunruhigung für die friedliche Bürgerschaft, die im Schutze ihrer Gesehe ihrer Beschäftigung nachgeht.

Die ruhigen Bevölkerungskreise können eine solche naturgemäß einseitig und parteimäßig aufgestellte Organisation nicht ertragen. Die Entwicklung führt folgerichtig zu Zusammenstößen und letzten Endes zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen.

Es besteht auch die Gefahr, daß eine solche nach allen ihren Einrichtungen und Vorschriften auf den Kampf im Innern eingestellte Organisation eines Tages die Partei selbst in die Illegalität hineinreißen würde.“

Im Gegensatz dazu hat die Regierung v. Papen v. Schleicher die Hoffnung ausgesprochen, daß die Aufhebung des Verbotes zum inneren Frieden führen werde.

Die Ereignisse der letzten Tage, und namentlich des Sonntags, haben gezeigt, daß die Voraussicht der Regierung Brüning Wort für Wort sich bestätigt hat! Das Treiben der uniformierten Bürgerkriegsbanden Hitlers hat mit Begalität nicht das mindeste mehr zu tun!

Das „Experiment“ ist gescheitert! Wir glauben, daß die Innenminister der Länder am Mittwoch dem Reichsminister des Innern, Freiherrn v. Gansl, reiches Anschauungsmaterial dafür unterbreiten werden, wie die Beruhigung aussieht, die nach der politischen Notverordnung eingetreten ist!

Alarmtelegramme des Zentrums.

Scharfe Proteste gegen den SA-Terror.

Köln, 20. Juni.

Sofort nach Bekanntwerden der Unruhen sandte die Kölner Zentrumsparlei ein gleichlautendes Telegramm an den Herrn Reichspräsidenten und den Herrn Reichsinnenminister folgenden Inhalts:

Schützt euch vor der Nazisteuer.

Hausfrauen, denkt an den Salzpreis.

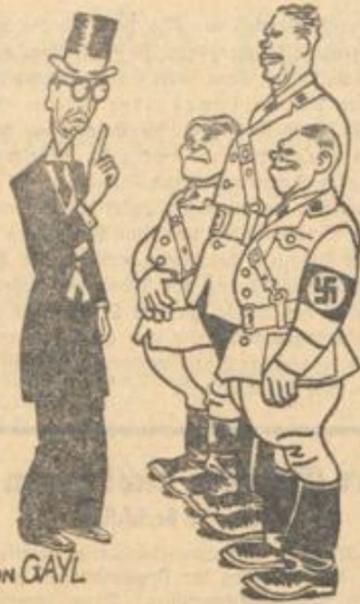
Die bevorstehende Einführung der Salzsteuer hat zu einer sehr starken Nachfrage nach Salz im Kleinhandel geführt. Das ist sehr verständlich. Kochsalz kostete bisher im Kleinhandel 7½ bis 8 Pfennige das Pfund. Dazu tritt künftig eine Steuer von 6 Pfennige das Pfund. Da außerdem von dem Preis und der Steuer noch eine zweiprozentige Umsatzsteuer gezahlt werden muß, so dürfte nach Eintritt der Steuer das Pfund Salz nicht unter 15 Pfennig zu kaufen sein. Der Preis für Salz verdoppelt sich also. Sorgsam wirtschaftende Hausfrauen denken sich deshalb jetzt bereits mit ihrem Bedarf an Salz für einige Monate ein.

Was kostet ein Munitionslager?

Für einen SA-Mann 5 Mark Geldstrafe.

Breslau, 20. Juni. (Eigenbericht.)

Als vor einigen Wochen in Reichenbach unter der Fulle das SA-Heim geschlossen wurde, fand man dort 72 Stück Pistolenmunition, 21 Stück Revolvermunition, eine Menge Patronenhülsen sowie einen Gummitriplett. Der größte Teil dieses Materials wurde aus dem Strohhalm des SA-Mannes Hanaußki hervorgeholt. Hanaußki, der sich jetzt dieser Angelegenheit wegen vor dem Reichenbacher erweiterten Schöffengericht zu verantworten hatte, gab an, daß er sich aus der Munition — einen Bilderrahmen habe machen lassen wollen! Das Gericht schenkte — wahrscheinlich in weiser Würdigung der heutigen politischen Situation — den Darlegungen des Angeklagten Glauben und „verurteilte“ Hanaußki wegen Uebersetzung der Ablieferungspflicht zu 5 M. Geldstrafe! Wir fragen uns, wieviel Monate Gefängnis hätte ein Reichsbannermann erhalten, wenn bei ihm Munition gefunden worden wäre?



VON GAYL

„Ich habe euch die neue Uniform gestattet, nun benehmt euch aber entsprechend!“



„Jawoll — entsprechend!“

Sparverordnung und Verfassungstreit.

Das Urteil des Staatsgerichtshofes.

Leipzig, 20. Juni. (Eigenbericht.)

Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich hat am Montag verschiedene Bestimmungen der preussischen Sparverordnung vom 12. September 1931, die auf Grund einer Ermächtigung in der Rotverordnung des Reichspräsidenten erlassen worden waren, für verfassungswidrig erklärt. Dem Verfassungstreit liegt eine Klage der deutschnationalen Landtagsfraktion zugrunde.

In dem Urteil werden zunächst sämtliche Bestimmungen über die Lehrer an den wissenschaftlichen Hochschulen für ungültig bezeichnet. Die Universitätsprofessoren können danach wie früher volles Gehalt auch nach ihrer Abkündigung beanspruchen. Den vor dem 1. Oktober 1931 emittierten Hochschulprofessoren müssen 10 Proz. ihres Gehalts, die vom Staate einbehalten worden sind, zurückgezahlt werden. Die durch die Rotverordnung erfolgte Einschränkung des Begriffs eines Dienstunfalls für Polizeibeamte wird ebenfalls für verfassungswidrig erklärt. Infolgedessen müssen die Polizeibeamten bei Dienstunfällen künftig wieder genau so gestellt werden wie vor der Rotverordnung. Verfassungswidrig sei ferner, daß grundsätzlich jeder Beamte verpflichtet sei, für das gleiche Entgelt jedes andere Amt, das seiner Ausbildung entspricht, unter Anweisung eines neuen dienstlichen Wohnortes zu übernehmen. Als ungültig wird schließlich noch die Bestimmung der Rotverordnung bezeichnet, wonach die Gemeinden und Gemeindeverbände verpflichtet werden, die Gehälter der Kommunalbeamten denen der Staatsbeamten anzugleichen, und zwar insoweit, als der Aufgabekreis des Kommunalbeamten mit dem des Staatsbeamten nicht vergleichbar ist. — Im übrigen erklärt die Urteilsbegründung, daß der Staatsgerichtshof die Bedenken, die gegen die Rotverordnung im ganzen von der Klägerin vorgebracht wurden, nicht teilen kann.

Das System der Mietbeihilfe.

Ubergangszeit im Juli.

Durch die preussische Verordnung vom 9. Juni d. J. sind die Vorschriften über die Stundung und Niederschlagung der Hauszinssteuer für hilfsbedürftige Mieter aufgehoben worden; stattdessen wurde das Mietbeihilfesystem eingeführt. Die Neuordnung tritt ab 1. Juli d. J. in Kraft.

Da es technisch unmöglich ist, die durch diese Gesetzesänderung bedingte Umstellung der Arbeiten auf die Fürsorgebehörde bis zum 1. Juli d. J. durchzuführen, hat der preussische Finanzminister, dem Amtlichen Preussischen Pressedienst zufolge, genehmigt, daß den Hauseigentümern, denen bisher Stundung bei hilfsbedürftigen Mietern gewährt wurde, für den Monat Juli stillschweigend noch ein entsprechender Betrag zinslos bis zur erstinstanzlichen Entscheidung durch die Fürsorgebehörde gestundet wird.

„Volksgemeinschaft“ auf dem Lande.

General schöpft einen entlassenen Landarbeiter.

Ims wird geschrieben:

Es gibt landwirtschaftliche Unternehmer, die vor nichts zurückschrecken, wenn es darum geht, die Landarbeiter ihre wirtschaftliche Macht und Ueberlegenheit fühlen zu lassen.

Ein Deputatarbeiter des Gutes Baudach bei Croßen klagte gegen den Gutbesitzer General A. D. Dallmer-Baudach auf Wiedereinstellung. Zu dem Termin in der Sache waren auch der Inspektor und ein Arbeiter als Zeuge geladen. Der Herr General, der sonst die Arbeiter nicht kennt, lud beide Zeugen zur Autofahrt nach Guben ein. Darob große Verwunderung bei der übrigen Arbeiterschaft. Das Rätsel der plötzlichen Freundschaft sollte sich bald lösen. Durch die Zeugenaussage wurde der an sich todsichere Prozeß umgedreht, so daß es der Vertreter des Klägers vorzog, die Klage zurückzuziehen. Als das Gericht feststellte, daß Kosten nicht entstanden sind, sprang der Herr General, der selbstverständlich eine hohe Pension von der Republik bezieht, auf und erklärte, daß er für das Mitbringen der beiden Zeugen ein entsprechendes Fahrgehalt verlange. Der Vertreter des Klägers gab seinem Erstaunen und seiner Entrüstung Ausdruck, indem er ausführte, daß er von einem General etwas mehr Stolz erwartet hätte. Trotzdem mußte der arme Landarbeiter mit 12 Pf. Stundenlohn 19 Mark Zeugengebühr bezahlen. Als der General das Geld von den Zeugen bekam, schämte er sich wohl selbst und schenkte es ihnen. Das Geschenk fiel ihm leicht, da die Fische der arme Landarbeiter zu bezahlen hatte. Der Vorfall zeigt, wie die begeisterten Anhänger der Regierung Papen, die Großgrundbesitzer, die „Volksgemeinschaft“ auffassen.

Väterliche Ermahnung.

Unruhen im Reich dauern an.

Schießerei in Halle. — Mehrere Verletzte.

Halle, 20. Juni.

In Lammendorf-Beesen, der Arbeiterstadt von Halle, wurde in der vergangenen Nacht von Kommunisten ein Ueberfall auf Nationalsozialisten verübt.

Die Kommunisten gaben ungefähr 20 Schüsse ab. Ein Nationalsozialist erhielt einen Steckschuß in die linke Schulter, drei weitere Nationalsozialisten Verletzungen durch Messerstiche und Schläge. Die Polizei nahm 19 Verhaftungen vor.

SA feuert auf Reichsbanner.

Remscheid, 20. Juni.

In der Nähe eines SA-Heims in der Freiheitsstraße kam es gestern zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten. Die Nationalsozialisten gaben mehrere Schüsse ab, durch die ein Reichsbannermann an der Hand verletzt wurde, und flüchtete dann in das SA-Heim.

In diesem Augenblick gab ein Mitglied des Kampfbundes gegen den Faschismus Schüsse auf die Flüchtenden ab, die jedoch nicht trafen. Ein Bahnhofsposten nahm den Mann, der eine Pistole mit sieben Schuß im Magazin bei sich trug, fest. Außerdem wurden noch zwei Angehörige der SA verhaftet.

Verstoß gegen Demonstrationsverbot.

Von Nationalsozialisten und Kommunisten.

Garz a. Ober, 20. Juni.

In Garz an der Ober kam es am Sonntag anlässlich einer Fahnenweihe der Ortsgruppe Garz der KPD. zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei. Im Anschluß an die Fahnenweihe, an der etwa 1000 Parteianhänger aus Garz und Umgegend teilgenommen hatten, versuchten die Kommunisten unter Nichtachtung des Verbots aller öffentlichen Aufzüge einen Demonstrationszug durch die Stadt.

Als die Polizei den Zug auflösen wollte, stieß sie auf heftigen Widerstand. Die Beamten wurden von den Kommunisten angegriffen und geschlagen. Drei Beamte erlitten erhebliche Kopfverletzungen. Das herbeigerufene Ueberfallkommando aus Steitz konnte dann die Straße räumen und die auswärtigen Kommunisten

Handeln — nicht schwächen!

Ein Appell des Belgierkönigs.

Brüssel, 20. Juni.

König Albert von Belgien hat an den Ministerpräsidenten Renkin nach Lausanne ein Schreiben gerichtet, in dem er sagt, daß die Wohlfahrt der Völker und ihre Beziehungen untereinander einer vollständigen Freiheit im Warenverkehr und der Arbeitsbeschaffung untergeordnet sein müßten. Er unterstreicht die schädlichen Folgen, die übertriebene Zollerhöhungen, Einfuhrverbote, Kontingentierungen, handels- und Devisenkontrollen haben und fügt hinzu, daß kein Land imstande sei, durch eigene Anstrengungen die Wirtschaftskrise zu seinen Gunsten zu wenden. Es sei an der Zeit, daß die Zusammenarbeit der Völker anders als in Reden zum Ausdruck komme. Belgien muß ohne Zögern die Initiative ergreifen und sich die Mithilfe derjenigen Staaten sichern, die eine Aenderung ihrer Handelspolitik für notwendig erachteten. Der König bitte Renkin, die nötigen Schritte zu unternehmen.

In einer Besprechung mit den Vertretern Englands und Frankreichs auf der Abrüstungskonferenz hat Gibson-Amerika stark auf wirkliche Abriistung gedrängt. Die Pariser Chauvinistenpresse ist darüber sehr besorgt.

Zollunion mit Zollabbau.

Lausanne, 20. Juni 1932.

Die Vertreter der holländischen, belgischen und luxemburgischen Regierung haben nach Befragung der interessierten Regierungen einen Vertrag abgeschlossen, der die gegenseitige und progressive Herabsetzung der Wirtschaftskranken vorzieht und die sie unverzüglich ihren Regierungen für die endgültige Annahme unterbreiten werden. Die teilnehmenden Staaten verpflichten sich, in ihren gegenseitigen Beziehungen keine neuen Zölle zu

aus der Stadt abdrängen. Es wurde eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen.

Dortmund, 20. Juni. (Eigenbericht.)

In Dortmund machten am Sonntag etwa 300 Nationalsozialisten den Versuch, gegen das preussische Demonstrationsverbot zu verstößen. Ein Ueberfallkommando trieb die Burschen auseinander.

Jhehoe, 20. Juni. (Eigenbericht.)

Am Sonntag marschierten uniformierte Nazis in Abteilungen von 100 bis 400 Mann, im Gleichschritt und Gruppenkolonnen, durch die Straßen, ohne daß die Polizei gegen den Verstoß gegen das Demonstrationsverbot einschritt. Bezeichnend ist, daß der zuständige Polizeikommissar eine Beteiligung des Reichsbanners an dem Festzug der Arbeiterportier mit der Begründung verbat, daß politische Umzüge nach wie vor nicht gestattet seien und daß die Polizei gegen geschlossen marschierende Reichsbannerleute einschreiten würde.

Das ist ihre Einheitsfront!

Magdeburg, 20. Juni. (Eigenbericht.)

In Klein-Manzleben, Regierungsbezirk Magdeburg, wurde der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei am Orte, der 30jährige Arbeiter Ernst Wille, von 15 Kommunisten überfallen und mit Stuhlbeinen, Biergläsern und einem schweren Zigarrenabschneider geschlagen. Wille wurde blutüberströmt in ein im Dorf befindliches Fabrikkrankenhaus gebracht, wo sich herausstellte, daß er außer Schlagverletzungen auch schwere Stichwunden im Rücken aufwies. Am Donnerstag wurde Wille ins Kreiskrankenhaus Osterleben gebracht, in dem er mit dem Tode ringt. Er hat bisher das Bewußtsein nicht wiedererlangt.

Die Kommunisten gehören der Schießpartei der oppositionellen Arbeiterportier an. In dem Gasthaus waren die Kommunisten unter sich in Streit geraten und fielen in Stärke von 15 Mann zunächst über einen eigenen Parteifreund her, der gleichfalls blutig geschlagen wurde. Wille machte zu dieser feigen Tat die Bemerkung: „Diese Heiden, 15 fallen über einen her“. Darauf wurde er sofort niedergeschlagen. Als er bereits bewegungslos am Boden lag, hatte der Kommunist Walter Rante noch die Stirn, seinen Komplizen zuzurufen: „Dem haben wir eine Abreibung schon lange zugebracht.“

errichten und zu einer jährlichen Herabsetzung des gegenseitigen Zollniveaus von 10 Proz. bis zu einem bestimmten Niveau zu schreiten.

Hilfe für Oesterreich empfohlen.

Lausanne, 20. Juni. (Eigenbericht.)

Der Völkerbundsaußschuß für Finanzhilfe an Oesterreich schlägt die — Befürwortung einer Anleihe von 300 Millionen Schilling vor. England soll seine Hilfe von 100 Millionen Schilling verlängern, während Frankreich 100 Millionen, Italien 30 Millionen, Deutschland, die Tschechoslowakei und Spanien zusammen 20 Millionen Schilling, Holland, Belgien und die drei skandinavischen Länder zusammen 50 Millionen Schilling neu garantieren und zur Aufzeichnung auflegen sollen. Von England und Italien liegen Zustimmungserklärungen bereits vor. Deutschland hat noch nicht geantwortet und macht seine Zusage davon abhängig, daß aus der Anleihegarantie die Wiederholung des Ansehungsverbots herausbleibt. Die Tschechoslowakei, Spanien und die skandinavischen Staaten haben wegen Geldmangel die größten Zweifel an einer Beteiligungsmöglichkeit geäußert.

Erklärung.

Im „Sozialdemokratischen Pressedienst“ vom 13. August 1931 war dem braunschweigischen Minister Dr. Rüchenthal der Vorwurf gemacht, daß er in ungerechtfertigter Weise die Wohn- und Zweckbau G. m. b. H. durch Bewilligung von Hauszinssteuermitteln vor anderen Bauvereinigungen bevorzugt habe. Wegen dieser Behauptung hat Dr. Rüchenthal ein gerichtliches Verfahren veranlaßt. Nachdem ich mich als Herausgeber und Chefredakteur des „Sozialdemokratischen Pressedienst“ davon überzeugt habe, daß die in dem Artikel gegen Herrn Minister Dr. Rüchenthal erhobenen Vorwürfe völlig unbegründet sind, daß insbesondere die Wohn- und Zweckbau G. m. b. H. in keiner Weise bevorzugt ist, nehme ich hiermit den gegen Herrn Minister Dr. Rüchenthal erhobenen Vorwurf mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Erich Alfringhaus.

Trostloser Arbeitsmarkt.

Wo bleibt die Arbeitsbeschaffung?

Kunmehr liegt auch die Statistik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vor über die Arbeitslosigkeit Ende Mai unter den Mitgliedern der ihm angeschlossenen Gewerkschaften. Ingesamt ging die Arbeitslosigkeit von 44,5 Proz. Ende April auf 43,9 Proz. Ende Mai zurück, während die Kurzarbeit von 21,5 auf 22,2 Proz. weiter anstieg.

Untersucht man im einzelnen die Ergebnisse der Erhebung, dann enthüllt sich die ganze Trostlosigkeit des Arbeitsmarktes. In der sogenannten Konjunkturgruppe stieg die Arbeitslosigkeit weiter an, wenn auch nur ganz schwach von 36,7 auf 36,8 Proz., während die Kurzarbeit von 25,8 auf 26,5 Proz. zunahm. In der Saisongruppe allein ist eine Erleichterung auf dem Arbeitsmarkt eingetreten, und zwar von 81,4 Proz. Ende April auf 77,1 Proz. Ende Mai. Die Kurzarbeit ist mit 1,2 Proz. weiter gleich

geblieben. Ist aber der Prozentsatz von 77,1 Proz. für die Saisongewerbe Ende Mai ein geradezu katastrophaler, so ist die Lage auf dem Bau- und Holzmarkt eine noch trostlosere; denn unter diesen Gruppen befinden sich auch die Gruppen der Steinarbeiter und der Grobkeramik, die mit 71,7 und 63,1 Proz. die Gesamtlage noch „günstig“ beeinflussen. Im Bauergewerksbund betrug die Arbeitslosigkeit Ende Mai 79,7 Proz., im Zimmererverband 78,6 Proz., im Verband der Maler 76,8 Proz. Also nahezu vier Fünftel der Bauarbeiter müssen Ende Mai feiern, ohne Hoffnung und ohne Aussicht, in diesem Jahre überhaupt wieder Arbeit zu bekommen, weil die von den Nationalsozialisten unterstützte Regierung alle Pläne auf Arbeitsbeschaffung zu den Akten gelegt hat. Dafür darf der Oberst hier als nationalsozialistischer Reichstagsabgeordneter und quasi Regierungsvorsteher im Rundfunk die Pläne der Nazis verbreiten über den Zwang zu einer Arbeit, die nicht vorhanden ist.

Schärfster Kampf den Nazis!

Die Bekleidungsarbeiter in der Eisernen Front.

Der Beirat des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes hat nach vierstündigen Verhandlungen am Sonntag seine Tagung beendet. Der Vorsitzende Klettl gab einleitend einen Bericht über die allgemeine politische und wirtschaftliche Lage, dem sich ein Referat des stellvertretenden Vorsitzenden Bloog über die Sozialgesetzgebung angeschlossen. In einer einstimmig angenommenen Entscheidung wird aufs Schärfste gegen die Rotverordnungen des Adelskabinetts protestiert, das gerade deswegen Brüning stürzte und sich in den Sattel schwang, weil es angeblich ohne Rotverordnungen regieren wollte.

Den hinter der Regierung stehenden reaktionären Parteien wird der Schärfste Kampf angelegt.

Es wird anerkannt, daß die Sozialdemokratische Partei im Kampfe gegen die Reaktion sich am energischsten für die Interessen des gesamten Proletariats eingesetzt hat. Darum müsse sie auch im Wahlkampf die Unterstützung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter erhalten, damit es gelingt, der Herrschaft des Adelskabinetts schnell ein Ende zu bereiten.

Die Frage der Arbeitshilfe für jugendliche Erwerbslose wurde eingehend erörtert. Hierzu wurden sehr beachtliche Mitteilungen von den Beiratsmitgliedern über die praktischen Erfahrungen im Lande, besonders über die in München seit längerer Zeit durchgeführte Jugendhilfe, gemacht. Die von dem Bundesauschuss am 14. Juni beschlossenen Richtlinien für die Bezirks- und Ortsausschüsse über die Jugendhilfe wurden einstimmig gebilligt. Im engen Zusammenhang damit stand das Thema

Aktivierung der jungen Verbandsmitglieder.

worüber Thierfelder von der Zentralleitung referierte. Die von ihm vorgelegten Leitfäden wurden einstimmig angenommen.

Einen umfangreichen Zeitraum der Tagung nahm die Ueberprüfung der Beitragsordnung und der Unterstützungseinrichtungen ein. Die erforderlichen Beihilfen wurden mit größter Einmütigkeit gefaßt. Grundsätzlich sollen Ausgaben und Einnahmen im Einklang stehen. Beihilfenleistungen sollen erwerbslosen Berufsangehörigen und besonders früheren Mitgliedern, die infolge lang anhaltender Arbeitslosigkeit unverschuldet die Mitgliedschaft aufgegeben haben, gewährt werden. Die Sätze in der Kranken- und Erwerbslosenunterstützung bleiben in der Höhe, wie sie im Vorjahr festgesetzt wurden, erhalten. Die Bezugsdauer wurde jedoch in einigen Staffeln um eine bis zwei Wochen gekürzt. Die Invalidenunterstützung und Aussteuerbeihilfe werden auf der bisherigen Grundlage weiter berechnet, der Betrag aber bis auf weiteres um 25 Proz. gekürzt. Um auch in den Verwaltungsausgaben weitere Ersparungen zu machen, verzichten die Angestellten des Verbandes ab 1. Juli auf einen weiteren Teil des bisher schon wesentlich gekürzten Gehaltes.

Die Tarifpolitik

des Verbandes war ebenfalls Gegenstand sehr eingehender Besprechung. Hierbei kam unzweideutig der Unwille unserer Mitglieder gegen die von den Arbeitgeberverbänden und der Regierung betriebenen Lohn- und Tarifpolitik zum Ausdruck. Von dem Adelskabinetts ist ein Schutz der Tarifverträge nicht mehr zu erwarten; es kommt jetzt mehr als je zuvor darauf an, daß die Arbeiter durch engeren Zusammenschluß die Widerstandskraft finden, um sich gegen weitere Angriffe des Unternehmertums erfolgreich zur Wehr zu setzen.

Die Zutreiber.

Die Kommunisten erfinden Paniknachrichten.

Die kommunistische „Welt am Abend“ veröffentlichte gestern eine panische Notiz über die angebliche Absicht des Hauptvorstandes des Deutschen Metallarbeiterverbandes „wegen Nazigefahr seinen Sitz wieder nach Süddeutschland zu verlegen“. Das kommunistische Blatt fügt diesem von ihr in die Welt lancierten Schwindel hinzu, daß die DMB-Funktionäre darüber äußerst empört seien, und darin die „feige Angst der Oberbozener vor den Nazis“ erblickten. Unvorsichtig genug fügt das Blatt des Herrn Rünzberg hinzu: „Es scheint sich also das Spiel des Rapp-Putsch zu wiederholen.“

Die Arbeiter haben noch nicht vergessen, daß die kommunistische Partei sich bei dem Rapp-Putsch zunächst für neutral erklärte und den von den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei ausgerufenen Generalstreik nicht mitmachte. Und was die „feige Angst“ betrifft, so gibt es keinen Vertreter der freien Gewerkschaften und keinen Sozialdemokraten, der auch nur daran dachte, sich einen Paß nach Sowjetrußland „für alle Fälle“ zu sichern.

Was die kommunistische Presse über die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie verbreitet ist völlig bedeutungslos. Bedeutung gewinnen diese bewußten Lügen nur dadurch, daß sie den Nationalsozialistischen Zutreiberdarben leisten. Wie werden die Nazis jetzt mit dieser Lüge im Reich hausieren gehen: „Seht, wie die Sozialdemokraten schon vor uns feige Angst haben und ihre Koffer packen!“ — Wir sind der Ueberzeugung, daß die „Welt am Abend“ die Empörung nicht nur der Funktionäre des DMB, sondern aller ehrlichen Arbeiter über diese Zutreiberdarben zu fühlen bekommen wird.

Was Herr Schäffer nicht hören wollte.

Und was er berichtet.

In unserer Ausgabe vom Sonnabend früh veröffentlichten wir eine Notiz über den Empfang der Organisationen der Kriegsoffer durch den neuen Reichsarbeitsminister. Dazu schreibt uns Herr Schäffer folgende Berichtigung:

„In der Notiz des „Vorwärts“ Nr. 283 vom 18. Juni 1932 behaupten Sie, daß bei dem Empfang der Kriegsofferorganisationen der Herr Reichsarbeitsminister sich, als der Vertreter des Reichsbundes, zum Wort meldete, mit der Erklärung verabschiedete, weitere Erklärungen nicht mehr entgegennehmen zu können. Diese Behauptung ist un wahr, wie sich aus folgendem ergibt:

Der erwähnte Empfang war lediglich als eine Begrüßung der Organisationen der Kriegsoffer gedacht, womit der Herr Reichsarbeitsminister die persönliche Fühlung mit den Verbänden aufnehmen wollte. Dementsprechend war auch die Einladung gehalten. Auf die Begrüßungsworte des Herrn Ministers erwiderte einer der erschienenen Vertreter. Danach meldete sich keiner der Anwesenden mehr zum Wort. Der Herr Reichsarbeitsminister verabschiedete sich dann und erklärte hierbei, falls noch besondere Wünsche vorzubringen seien, ständen die zuständigen Abteilungsleiter und Sachbearbeiter zur Verfügung. Er selbst müsse leider noch an einer anderen dringenden Sitzung teilnehmen.“

Es ist möglich, daß der Minister die wiederholte Wortmeldung des Vertreters des Reichsbundes der Kriegsoffer übersehen und überhört hat. Er hatte es ja, wie er selbst sagt, sehr eilig. Welchen Sinn hat aber die Bemerkung in der Berichtigung, der Minister „müsse leider noch an einer anderen dringenden Sitzung teilnehmen“, wenn eine Wortmeldung nicht mehr vorlag und die „Begrüßung“ also ihr natürliches Ende gefunden hatte?

Seit wann ist es überhaupt üblich, die mit Arbeit überlasteten verantwortlichen Leiter der Zentralorganisationen nach der Scharnhorststraße zu zitieren, zu dem ausschließlichen Zweck sie zu „begrüßen“? Selbst wenn eine Wortmeldung nicht vorlag, mußte der Minister eine Aussprache provozieren. Aber daß ihm an der sachkundigen Meinung der Organisationsvertreter nichts gelegen war, geht aus der Tatsache hervor, daß die Rotverordnungen dem Reichspräsidenten zur Unterzeichnung vorgelegt worden ist, ohne daß vorher mit den Organisationen darüber gesprochen wurde. Daß Herrn Schäffer bei alledem nicht wohl ist, kann man begreifen. Aber nicht wir haben ihn in diese höchst peinliche Situation gebracht.

Hierl als Regierungsvertreter.

Er macht Reklame für Zwangsarbeit.

Die Stunde von 6 1/2 bis 7 1/2 Uhr hat sich die Regierung Papen für Rundfunkvorträge reserviert. Es scheint ihr also nicht mehr als recht und billig zu sein, wenn sie, in Ermangelung eines Ministervortrags, diese Zeit einem Nationalsozialisten abtritt. So konnte sozusagen die hierl, nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete, von der Deutschen Welle aus über den schlesischen, mitteldeutschen, norddeutschen, süddeutschen, Ostmarken- und Danziger Rundfunk einen Vortrag halten über „Nationalismus und Arbeitsdienstplicht“.

Er begann auch gewissermaßen offiziös: „Nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges und der Mißwirtschaft der letzten 14 Jahre...“ Also da muß uns die nationalsozialistische Arbeitsdienstplicht auf die Beine helfen; nicht nur durch die Arbeitsleistung, sondern durch „Erziehung“ der männlichen Jugend zu Pünktlichkeit, Fleiß, Sauberkeit, zu nationalem Staats- und Ehrgefühl.“

Wenn jemand, der die sich um die Halantkreuzfahne schorende Jugend gründlich kennt, diese Erziehung aus seiner Perspektive für notwendig ansieht, so ist dagegen eigentlich nichts einzuwenden. Die republikanische Jugend hat sie nicht nötig; sie braucht und will Arbeitsplätze, aber keinen Arbeitszwang und Kasernenhondrill, der sie in normalen Zeiten aus Beruf und Berufsausbildung für zwei Jahre herausreißt, um sie für Fortarbeiten, Straßenbau, Arbeiten für die Reichsbahn usw. auf Kosten ihrer in diesen Berufen tätigen Volksgenossen zu verwenden. Die Finanzierung sollen selbstverständlich die Arbeitslosen zahlen, denn die Jugendlichen, also arbeitsdienstplichtigen Arbeitslosen, erhalten bei weitem nicht den Durchschnittslohn von 2 Mark, den Oberst hierl für die Arbeitsdienstplichtigen für Logis, Bekleidung und Taschengeld in Anrechnung brachte. Womit die Kosten keineswegs erschöpft wären. In den ersten Jahren würde, so erklärte er, die Arbeitsdienstplicht ja beträchtliche Zuschüsse für Unterhaltskosten, Materialbeschaffung und Beamteneinsatz erfordern; doch später würde er sich selbst tragen; in Bulgarien sei das auch der Fall.

Rum ist Bulgarien ein Agrarland mit rund 5 1/2 Millionen Einwohnern oder 53 auf ein Quadratkilometer, Deutschland ein hochentwickelter Industriestaat mit über 133 Bewohnern pro Quadratkilometer, so daß die Verhältnisse für den Arbeitsdienst und damit seine produktive Leistung von Grund auf verschieden wären. Doch mit jählichen Kleingruppen pflegen nationalsozialistische Theoretiker sich nicht aufzuhalten. Herr Hierl meinte: die Schwierigkeiten bei der Einführung der Arbeitsdienstplicht werden (nicht: würden) nicht gering sein. Aber er ließ keinen Zweifel daran, daß in den Köpfen der Nationalsozialistischen Arbeitsdienstplicht bereits markiert, „vorkäuflich“ erst für alle männlichen Deutschen. Der freiwillige Arbeitsdienst ist, nach den Worten des Vortragenden, nur die Vorstufe dazu, bis die „geeigneten Männer“ für den „notwendigen Beamtensaat“ ausgehakt sind. Vom Gene-

ral bis zum Unteroffizier. Und dann werden Kredite geschöpft für die Arbeitsdienstplicht; aber davon gibt es dann keine Inflation. Wieso nicht, darauf blieb Herr Hierl eine sachlich begründete Antwort schuldig.

Ein Streik „abgewürgt“.

Unter der „siegreichen Führung“ der R.O.D.

Die R.O.D. kann wieder einmal den zweifelhaften Ruhm für sich in Anspruch nehmen, eine Arbeitergruppe, die Berliner Leitergerüstbauer, dreieinhalb Wochen lang sinn- und nutzlos im Streik „geführt“ zu haben. Die Leitergerüstbauer sind nur zu einem ganz geringen Teil im Gesamtverband organisiert; das Gros ist entweder unorganisiert oder in irgendeinem sich „revolutionär“ nennenden Splitterverband „organisiert“. Seit 1925 brauchten die Leitergerüstbauer weder einen Kampf noch eine Lohnverhandlung zu führen. Ihr Lohn lag laut Tarifvertrag stets um 8 Proz. höher als der Maurerlohn.

Als es jetzt plötzlich mit dem Maurerlohn abwärts ging und so auch der Lohn der Leitergerüstbauer gekürzt werden sollte, gefiel ihnen der Tarifvertrag natürlich nicht mehr. Für die R.O.D. war es eine Kleinigkeit, die Leitergerüstbauer in einen fruchtlosen Streik zu hegen. Während der Gesamtverband seinen in den Kampf hineingezogenen Mitgliedern ausreichend Unterstützung gewährte, legte die R.O.D. Sammelkassen auf, um für ihre Mitglieder die Unterstützungsgelder zusammenzubetteln.

Der „zentrale Kampfausschuss der revolutionären Bauarbeiter“ scheute sich auch nicht, den Versuch zu machen, den Kampf mit Hilfe von Bekleidungsarbeiten über die Mittellosigkeit einzelner Streikender durch die Boblsahrt finanzieren zu lassen.

Nach dreieinhalbwöchiger Streikdauer stellte der Schlichtungsausschuss fest, daß der Tarifvertrag der Leitergerüstbauer nicht einmal gefündigt worden ist, und die Unternehmer daher ein Recht hätten, auf der Erfüllung des Tarifvertrages zu bestehen. Jetzt hat die R.O.D. den Streik abgewürgt. Obwohl in der entscheidenden Streikversammlung 193 Mann für Weiterstreik und 187 dagegen gestimmt hatten, wurden die Streikenden zur Arbeitsaufnahme kommandiert.

Von ihrer riesengroßen Dummheit, deren Hauptursache gewerkschaftliches Analphabetentum ist, versuchte die R.O.D., natürlich wie immer, durch Schwindelartikel in der „Roten Fahne“ gegen den Gesamtverband abzulenkten. Das „Eindrucksvolkste“ dürfte in diesem Kampfe wohl gewesen sein, daß für den „zentralen Kampfausschuss der revolutionären Bauarbeiter“ ein gewisser Adolf Krenzner verantwortlich zeichnete, ein Leitergerüstbauer, der des Aktenstahls an einem Angefallenen des früheren Verkehrsverbundes überführt, wegen organisationschädigenden Verhaltens aus dem Verkehrsverband ausgeschlossen worden ist, und während des Streiks der Leitergerüstbauer im Jahre 1925 Streikbruch getrieben hat.

Die im Gesamtverband organisierten Leitergerüstbauer haben in ihrer Mitgliederversammlung nach dem Streik der R.O.D., die diesen Kampf geführt hat, in einer längeren Entschliefung ihre Unfähigkeit zur Führung von Kämpfen der Arbeiterklasse attestiert. In dieser Entschliefung wird auch gegen die üble Schreibweise der „Roten Fahne“ protestiert.

Krankenversicherung der Arbeitslosen.

Veränderte Berechnung der Beiträge.

Die Neufestsetzung der Unterstützungssätze in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge macht eine Anpassung und eine veränderte Berechnung der Beiträge zur Krankenversicherung für die Arbeitslosen erforderlich. Diese Regelung ist in Vorbereitung. Für die Uebergangszeit hat der Reichsarbeitsminister angeordnet, daß für die Berechnung der Beiträge der doppelte Betrag der Unterstützung als Grundlohn anzusetzen ist. Falls hiernach ein geringerer Betrag als der um 5 Prozent gekürzte Junibeitrag sich errechnen würde, können die Krankenkassen die Zahlung dieses gekürzten Junibeitrages verlangen. Die Uebergangsregelung gilt bis zum 1. November d. J.

Das Kartell der Gauleiter der freien Gewerkschaften für die Provinz Brandenburg-Grenzmark kann in diesen Tagen auf sein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Vom verstorbenen Genossen Kofke vom Textilarbeiterverband 1907 ins Leben gerufen und insbesondere von dem jetzigen Parteivorstand, Genossen Weis, ausgebaut, diente er in der Hauptsache der Förderung der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Verbänden und auch mit der Partei, der Verbreitung der Arbeiterpresse, der Vorbereitung zur Errichtung von Arbeitersekretariaten, der allgemeinen Agitation im sozialistischen Sinne usw.

Das Kartell hat nie einen sogenannten offiziellen Charakter gehabt, sondern sich mehr im stillen dem Auf- und Ausbau der Arbeiterorganisationen in der Provinz Brandenburg gewidmet. Als 1922 der Bezirksausschuss des DMB für die Provinz Brandenburg-Grenzmark geschaffen wurde, blieb das Kartell als dessen Stützpunkt bestehen. Die gegenseitige Unterstützung, die sich beide Körperschaften auch in diesen letzten zehn Jahren geleistet haben, und die sich durchaus bewährt hat, dürfte sich auch in den bevorstehenden schicksalhaften Entscheidungskämpfen der sozialistischen Arbeiterklasse als nützlich erweisen.

Die Delegiertenwahl zum Verbandstag der Sattler ergab bis jetzt in Berlin die Wahl von Osten und Lillig. Zwischen vier Kandidaten ist Stichwahl erforderlich. Von der Opposition wurden etwa 60 ungünstige Stimmen abgegeben. Sie hatte keine Vorzugsliste durchbekommen und gab daher den einheitlichen Stimmzettel mit dem Vermerk „Opposition“ ab.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, 19. Uhr, tagen die Gruppen: Gewerkschaftshaus: Jugendheim Gewerkschaftshaus, Angelfur 24-25. Signale auf Fahrt, Erlebnis eines Lokomotivführers. — Steglitz: Jugendheim Flemingstraße 14b. 1 Stunde Wirtschaftsgeschichte. — Spandau-Mittelstadt: Jugendheim Sportplatz Seeburger Straße, Friedrichs-Abend. — Potsdam: Jugendheim Riffingstraße 48, Zimmer 5, Feiertag von Mama Erde. — Treptow: Jugendheim Ullrichs 3 (am Bahnhof Treptow), Lieberabend. — Franzfurter Wäse: Jugendheim Ullrichs Str. 18, Unterhaltungsabend. — Lichtenberg: Jugendheim Dörfelstr. 22, Mädchen und Knaben des Jugendbundes in der Gewerkschaft. — Neu-Lichtenberg: Jugendheim Ullrichs Str. 44, Alles und neues Bauen. — Hohen: Jugendheim Karlshorst, Treptowallee 44 (Rant-Schule), Die Familie von gestern, heute und morgen. — Wedding: Jugendheim Willmannstraße 3, 2 Gruppen, Zimmer 11, Buch und Bild in der Jugendbewegung. — Schöneberg: Jugendheim Haselbuckstraße 1, Mädchenklub im Keller, Lieberabend. — Wie spielen ab 18 Uhr: Kreis Obersee: Fußball, — Fortschritt: Sportplatz Einfame Park, Eastlandstraße. — Nordsee: Sportplatz Humboldtstein. — Jugendheim des Deutschen Bauergewerksbundes, Mauer, Charlottenburg: Bauabend im Jugendheim Pestalozzistr. 40.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anestellten

Heute, Dienstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Lichtenberg: Jugendheim Ullrichs Str. 44, Lieberabend. — Nordsee: Jugendheim Ullrichs Str. 18-19, Wir lesen aus dem Buch „Buch und Bild“. — Gesundbrunnen: Jugendheim Schönheitsstr. 1, Unterhaltungabend. — Spiele im Freien: Ab 18 Uhr auf dem Sportplatz Rehberg. — Handballer: Trainingsspiele auf dem Sportplatz Anhalter in Neukölln.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schiff. Schriftf. G. Rinnhardt. Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner, Heilmann, Dr. John Schifano, Lofala und Sonntag. Freie Arbeiter, Angeler, Th. Grotz, sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagshaus Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 1, hierzu 2 Beilagen.

Erwerbslosensiedlung im Aufbau

1600 Stellen gehen der Vollendung entgegen

Das vielumstrittene Werk der Berliner Erwerbslosensiedlung ist in der letzten Zeit ein gutes Stück vorwärts gekommen. Auf den Siedlungsgeländen sind die Arbeiten in vollem Gange. Von den 1800 Siedlerstellen, die in Berlin erstellt werden sollen, sind bereits nahezu 1600 in Bau genommen. In den zuerst begonnenen Siedlungsabschnitten hat ein Teil der Häuser bereits die Dachbedeckung erhalten; die Gesamtanlage der Siedlung, die Anordnung der Bauten, die Gliederung der Grundstücke und die Straßenführungen werden bereits sichtbar.

Viele Erwerbslose, die sich jetzt nachträglich — und vorläufig vergeblich — um eine Siedlerstelle bewerben, müssen heute feststellen, daß das Siedlungsprojekt ganz anders und wesentlich günstiger aussieht als im Herbst vorigen Jahres, in dem die Deffentlichkeit durch die ersten, mit allerhand romantischen Illusionen verbrämten Stadtbrandfiedlungs-Projekte überrascht wurde. Inzwischen sind die Zweifel zahlreicher Erwerbsloser über die Weiterzahlung der Unterstütionen an die Siedler durch eine unzuverlässige Erklärung des Reichsiedlungskommissars Dr. Saafien vor der Reichspressekonferenz zerstreut worden. Danach kann der Befehl einer vorstädtischen Siedlerstelle kein Grund zur Entziehung der öffentlichen Unterstütionen sein, auf die jeder Arbeitslose in Deutschland nach den heute geltenden sozialpolitischen Grundgesetzen ein Anrecht hat.

Die Hauptschwierigkeit der Siedleraktion, die Bauten durch die Erwerbslosen-Siedler selbst erstellen zu lassen, die nur ihre farge Unterstüftung erhalten und dementsprechend wenig leistungsfähig sein können, ist dadurch gemildert worden, daß der Reichskommissar Dr. Saafien, einem Vorschlag der Berliner freien Gewerkschaften folgend, für die vorstädtischen Kleinsiedlungen der Reichshauptstadt einen Sonderzuschuß bis zu 100 Mark pro Siedler bewilligte, mit dem mindestens die Fahrtkosten der Siedler zur Baustelle gedeckt und ein reichliches Mittagessen auf der Baustelle bezahlt werden könne. Die freigewerkschaftliche Wohnungsorganisation Gehag bringt außerdem an ihre Siedler Gutscheine, die zum Bezug von Lebensmitteln berechnen, zur Verteilung.

Berlins Siedlungshilfe.

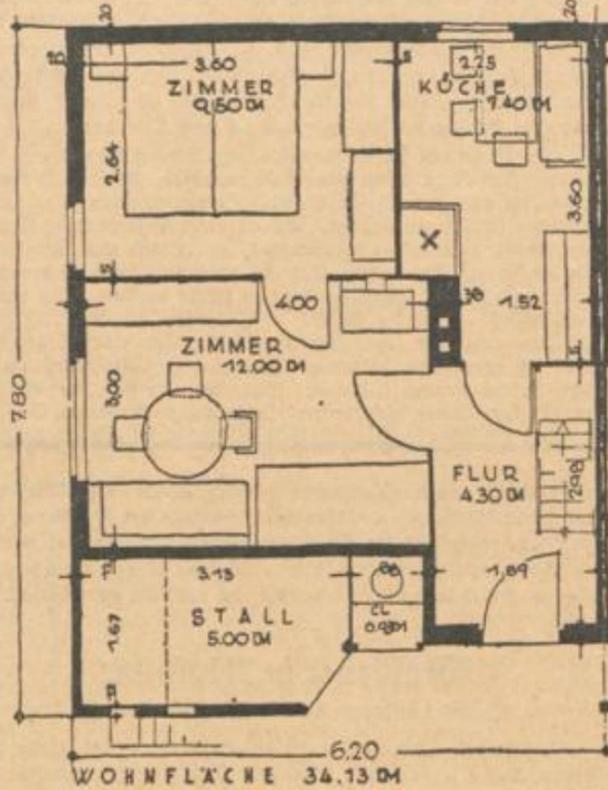
Die Siedlungsarbeiten hätten jedoch ohne eine großzügige Hilfsaktion der Stadt Berlin nicht begonnen werden können. Da die Bauten allein von den Siedlern, unter denen nicht genügend geschulte Bauarbeiter vorhanden sind, weder sachgerecht noch innerhalb der vorgegebenen Fristen erstellt werden können, entschloß sich das Landesbauverwaltungsamt, zur Unterstüftung der Siedler wohnfahrterwerblose Maurer, Zimmerer, Ofenleger und Dachdecker zur Verfügung zu stellen, die im Rahmen der Arbeitsfürsorge beschäftigt werden und wöchentlich 32 Stunden zu den Tariflöhnen des Baugewerbes arbeiten. Die Löhne für diese „Mü-Arbeiter“ werden größtenteils durch die Stadt bezahlt, die damit einen Sonderzuschuß von schätzungsweise 250 Mark für jede Siedlerstelle hergibt.

Niel zu wenig beachtet wird die Tatsache, daß die gelegentlich von einem Teil der Presse in gänzlich ungerechtfertigter Weise der „Siedlungs-Sabotage“ bezichtigte Verwaltung der Stadt Berlin durch die Hergabe hochwertiger Gelände im Gesamtwerte von 6 1/2 Millionen Mark überhaupt erst die Durchführung der Siedlung ermöglicht hat. Bei den jetzt im Bau befindlichen Siedlungsvorhaben handelt es sich durchgängig um Grundstücke im Werte von 3 bis 5 Mark pro Quadratmeter Bauland. Jedem Siedler wird ein Grundstück von durchschnittlich 800 Quadratmeter Fläche im Wege des Erbbaurechts auf mindestens 30 Jahre, sehr wahrscheinlich aber bis zur Tilgung der Reichsdarlehen für die vorstädtische Kleinsiedlung, d. h. bis zum Jahre 1977, fest zur Verfügung gestellt. Es wird ihm damit ein Wert von 2400 bis 4000 Mark übergeben, für den ein außerordentlich niedriger Pachtzins von 4 Pfennig pro Quadratmeter jährlich zu zahlen ist.

Der Typ der Gehag.

Die „Mutterhäuser“, die um die Jahreswende der Deffentlichkeit präsentiert wurden, und die mit ihrer, gelinde gesagt, stark übertriebenen Einfachheit gar manchen Siedlungswütigen abgeschreckt haben, sind längst nicht mehr maßgebend. Die Siedlungsbauten, wie sie die Gehag jetzt als Treuhänderin der Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin in Buckow und Brix auf Geländen mit erstklassigem Ackerboden und mit günstigen Verkehrsverbindungen, er-

richtet, sind gewiß auch noch recht bescheiden eingerichtet, stellen jedoch einen wesentlichen Fortschritt gegenüber den ersten, der Deffentlichkeit vorgelegten Plänen dar, wie die hier erstmalig veröffentlichten Zeichnungen beweisen. Die nur bei schärfster Kalkulation und rationellster Organisation der Bauarbeiten zu bewältigende Aufgabe, mit einem Reichsdarlehen von nur 2500 Mark pro



Der Typ der Gehag-Häuser

Siedlerstelle in Berlin, in der Stadt mit den höchsten Baukosten, massive Ziegel-Dauerarbeiten zu erstellen, die berechtigten Mindestansprüchen der Siedler genügen, dürfte hier gelöst sein. Den Wünschen der Siedler folgend, hat die Gehag einen Wohnungstyp gewählt, der wesentlich von den Richtlinien des Reichskommissars für die vorstädtische Kleinsiedlung abweicht. Während die Richtlinien die im Westen des Reiches und in Schlesien übliche Wohnfläche mit Kochnishe, eine Schlafkammer und einem zweiten, kleineren Schlafraum vorschreiben, hat die Gehag mit Zustimmung des Reichskommissars den Wohngepflogenheiten des Berliner Rechnung getragen, der eine strenge räumliche Trennung zwischen Wohnen und Schlafen auf der einen und Essen und Kochen auf der anderen Seite liebt. So ist eine Grundrihteilung mit einer kleinen Eß- und Arbeitsfläche von rund 7 1/2 Quadratmeter, einem Wohnzimmer von 12 Quadratmeter Fläche entstanden. Die Häuser erhalten einen kleinen Tiefstiller. Im Dachgeschoss lassen sich zwei Schlafräume einbauen, durch die weitere 20 Quadratmeter Wohnfläche gewonnen werden. Siedler mit drei und mehr Kindern erhalten — auch das ist ein Fortschritt gegenüber den ursprünglichen Projekten — mit Rücksicht auf ihre Kinderzahl von vornherein einen Raum im Dachgeschoss ausgebaut. Der Stall und das Klosett, von den Wohnräumen sorgfältig getrennt, sind dennoch so angelegt, daß sie stets trockenen Fußes erreicht werden können. Für je ein Doppelhaus oder zwei freistehende Einfamilienhäuser wird ein Brunnen gebaut. Der wichtigste Fortschritt: Durch das Entgegenkommen der Bewag ist es möglich, die Siedler von vornherein mit elektrischem Licht zu versorgen.

Zur Bewirtschaftung der Siedlerstelle werden dem Siedler die erforderlichen Gartengeräte zur Verfügung gestellt. Die Bäume und Beerensträucher, der Düng und das Saatgut zur Anlage des Gartengrundstücks werden ebenso wie etwas Kleinvieh mitgeliefert.

Auch nach dem heute Erreichten bleibt manches zu wünschen übrig. Aber dessen ungeachtet ist die Siedlerstelle für die wenigen Glücklichen, die ausgewählt wurden, eine gute Hilfe in der Notzeit. Sie können sich auf ihren Grundstücken, von denen allein ganz bestimmt niemand leben kann, ihr Gemüse und ihre Kartoffeln ziehen und etwas Kleinvieh halten. Vor allen Dingen aber: ihre Haushaltsrechnung, in der jeder Pfennig zählt, wird durch die Ersparnis der Miete stark entlastet. Es gibt unter den Siedlern, von denen kaum einer in seiner jetzigen Wohnung weniger als 20 Mark monatlich an Miete aufbringen muß. Neubausiedler, die monatlich 60 bis 80 Mark an Miete zahlen sollen. Für die Siedlerstelle haben sie im Quartal dieses Jahres den außergewöhnlich niedrigen Betrag von 3 Mark monatlich für Feuerversicherung, Haftpflichtversicherung, Schornsteinfegergebühren, elektrische Straßenbeleuchtung und weitere Nebenkosten zu zahlen. Die Monatsbelastung beträgt im nächsten Jahre einschließlich Grundstückspacht 5,65 Mark; sie steigt dann durch den Zinsdienst für das Reichsdarlehen für die Zeit von 1934 bis 1936 auf 11,75 bis 12,25 Mark und erreicht mit 15,75 bis 16,60 Mark ab 1. Januar 1937 ihre Höchstgrenze. Diese Erleichterung der Lebenshaltung ist ein Ziel, das die gewiß schwere Selbsthilfearbeit während der Bauzeit lohnt.

Es entspricht dem Gemeinschaftsgedanken des Siedlungswerks, daß die Siedler sich möglichst noch vor Einzug in ihre Häuser zu Genossenschaften zusammenschließen müssen, in denen sie den gemeinsamen Hausbesitz verwalten und selbständig alle Angelegenheiten ihrer Siedlung regeln sollen.

Je mehr Häuser draußen vor dem Steinmeer der Stadt aus den Boden wachsen, desto stärker wird das Interesse unter den Berliner Erwerbslosen. Im Augenblick besteht jedoch wenig Aussicht, daß die neu andrängenden Siedlungswütigen berücksichtigt werden. Bereits von den Bemerkern, die sich im Januar meldeten, mußten über 1000 leer ausgehen. In der von der Brüning-Regierung geplanten 5. Rotverordnung war die Fortführung der Siedlungsaktion vorgesehen. Sollte sich das Kabinett der Barone zur Hergabe der Mittel für einen zweiten Siedlungsabschnitt entschließen, so ist es unbedingt notwendig, die ungerechte Behandlung Berlins bei der Bemessung der Reichsdarlehen zu beseitigen, die für die Reichshauptstadt nicht höher sind als für die kleinste Provinzstadt. Mit einem Reichsdarlehen von etwa 3000 Mark statt nur 2500 Mark pro Siedlerstelle hätte man die Siedlungsbauten in ihrer Anlage und in ihrer Größe mehr den Wohngepflogenheiten des Berliner Arbeiters anpassen können und vor allem die Mittel gehabt, um die Arbeitslosigkeit unter der Berliner Bauarbeiterschaft durch Einstellung freier, tariflich voll entlohnter Bauarbeiter, die eine sachgemäße Verarbeitung der Baustoffe verbürgen, mildern können. Zahlreiche Fehler und Illusionen waren und sind bei der ersten Erwerbslosen-Siedlungs-Aktion zu überwinden. Wir haben ihr Gutes gehabt, wenn die notwendigen Lehren gezogen werden!

Dr. Karl Brockschmidt.

Wieder Brandstiftung in einer Schule.

Der Täter wahrscheinlich ein Geistesgestörter.

Erst am Sonnabend mußten wir über drei Brandstiftungen in den Gemeindefschulen in der Ruhepflanzstraße, in der Göttenburger Straße sowie in der Werner-Siemens-Oberrealschule berichten. In allen drei Fällen wurden von einem unbekannten Täter Bücherchränke in Klassenzimmern in Brand gesetzt. Zum Glück wurden die Flammen rechtzeitig erstickt, so daß die Brände im Keime erstickt wurden. Der Täter, offenbar ein Geisteskranker, konnte bisher von der Kriminalpolizei nicht gefasst werden. Gestern Abend hat der unheimliche und gemeingefährliche Mensch abermals Feuer gelegt. Er drang unbeobachtet in ein verschlossenes Klassenzimmer der 150. Gemeindefschule am Tempelhofer Ufer 20 ein und zündete wieder den Bücherchränk an. So geheimnisvoll wie der Brandstifter erschienen war, verschwand er auch wieder. Als der Schuldner um 17.25 Uhr im Schulgebäude nach dem Rechten sehen wollte, sah er in dem Klassenzimmer Flammenschein und Rauch. Mit einem Handlöschgerät gelang es ihm, die Flammen zu ersticken. Von der alarmierten Kriminalpolizei ist wieder Brandstiftung einwandfrei festgestellt worden. Um den Brandstifter zur Strecke zu bringen, wäre eine stärkere Beobachtung der Schulgebäude in den ersten Abendstunden sehr am Platze.

Zusammenstoß zwischen Nazi und Kozji.

In der Donaustraße in Berlin-Neukölln kam es am Montagmorgen zu schweren Schlägereien zwischen S.A.-Leuten und Kommunisten. Es wurden zahlreiche Schälle abgeben. Als die Polizei eintraf, waren die Rädelsführer bereits geflüchtet. Mehrere Verletzte mußten die Hilfe der Rettungswache in Anspruch nehmen.



Lebensfreude birgt jede Juno!

Das kann diese beliebte Josetti-Cigarette dem Raucher mit Sicherheit versprechen, und darum schätzt er sie auch von alters her.

In den Packungen der guten

JUNO

sucht niemand Wertmarken, Gutscheine oder Stickereien, sondern nur

Cigaretten von bester Qualität und vollem Format.



Nazischwindel mit Särgen.

Herr Mohinski und der „nationale“ Opferring.

Herr Max Mohinski aus Mecklenburg ist von Beruf Landwirt. Im Nebenberuf SA-Mann. Seit 1924 gehörte er der NSDAP an. Wegen „illegaler Machenschaften“ der SA, so behauptete er wenigstens vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte, schied er aus der SA aus und begab sich selbst auf illegale Machenschaften nach Berlin. Er nennt das „einige Sachen regeln“. Hinterher wollte er wieder zur Landwirtschaft zurück. Dazu kam es aber nicht.

Die „Sachen“, die er in Berlin zu „regeln“ hatte, waren derart, daß er vor Gericht erscheinen mußte. Er klapperte nämlich in Berlin eine Anzahl kleiner Beerdigungsinstitute und Sargfabriken ab, legte deren Inhabern nahe, Mitglied des „Opferrings“ der NSDAP oder Mitglied der NSDAP selbst zu werden. Dafür sollte sich der Abschlag der Särge heben, denn die einzelnen Sektionen würden dann ihren Sargbedarf bei dem „Opferring“ beziehen. Die Inhaber der Beerdigungsinstitute erklärten sich in vielen Fällen bereit, dem Opferring bzw. der NSDAP beizutreten und zahlten auch den Betrag von 5 bis 9 Mk. In einem Falle mußte das neue Mitglied, das einen italienischen Namen trug, unterschreiben, das es ein Deutscher sei und keiner Freimaurerei angehöre.

Vielleicht hätte der SA-Mann a. D. Mohinski neben den 15 neuen Mitgliedern noch weitere Dutzende angeworben, wenn er sich darauf beschränkt hätte, nur die kleinen Beerdigungsinstitute anzugehen. Mit dem Erfolg wuchs aber sein Appetit, er wagte sich an das große Beerdigungsinstitut Griseisen heran, und das war sein Verhängnis. Man schöpfte Verdacht. Mohinski wurde verhaftet, seine Agententätigkeit für die NSDAP fand in Moabit ihr unrühmliches Ende. Erst am 15. April hatte er in Büttrow das Gefängnis verlassen und schon mußte er auf weitere vier Monate ins Käfigen...

Monte Carlo in Moabit.

Strafkammer spielt Roulette. — Zeugenraum als Spielfaal.

Als ein Spielfaal präsentierte sich der Zeugenraum gegenüber der Hilfsstrafkammer 3b des Landgerichts I. Auf den ersten Blick schien es, als ob Monte Carlo eine Filiale in Moabit eingerichtet habe. Alle Zubehörtteile für einen Roulettebetrieb waren da; aber ein auf dem Tisch befindliches Gestell von Schienen, über die die Kugeln liefen, ehe sie in den Roulettebehälter gelangten, bewies, daß es sich nicht um ein gewöhnliches Roulettespiel handelte. Es war vielmehr von der Strafkammer zu entscheiden, ob der „Broadway“ genannte Apparat ein reines Zufallsspiel darstelle oder ob vorwiegend eine Berechnung in Frage komme.

Es handelte sich um die Erfindung eines belgischen Konfektionsbesitzers. Der Apparat war von dem Kaufmann Kurt Borchardt in dem von ihm geleiteten Spielklub „Gesellige Vereinigung am Zoo“ aufgestellt worden, wo er mehrere Monate für Rechnung der Belgier lief, bis die Polizei eingriff, nachdem sie anfänglich den Betrieb gestattet hatte. Das Schöffengericht hatte Borchardt wegen fortgesetzten Glückspiels zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt. Spieler, die ihr Geld verloren hatten, wollten nämlich verschiedene Beobachtungen gemacht haben, aus denen sie folgerten, daß es bei dem Betrieb des Apparates nicht mit richtigen Dingen zugegangen sei.

Das Gericht unterbrach die Verhandlung und ließ sich im Zeugenraum das Roulettespiel vorführen. Rechtsanwalt Dr. Flügge brachte eine Reihe von Zeugen zur Stelle, die bekundeten, daß sie ständig in der Bude gewesen wären, das Spiel zu berechnen, und daß sie demgemäß auch erheblich gewonnen hätten. So hatte ein Zeuge an einem Abend aus 5 Mark 700 Mark gemacht. Tatsächlich haben auch die Belgier anfänglich sehr schlechte Geschäfte gemacht und 66 000 Mark verloren; sie waren daher genötigt, die Gewinnchancen abzuändern. Ehe sie aber ihren Verlust einholen konnten, griff die Polizei ein. Die Strafkammer

Tragödie um § 218.

Ein Arzt zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Zwei Ärzte stehen einander vor Gericht gegenüber; der eine als Angeklagter, der andere als Ankläger. Dr. P. hat sich der Abtreibung schuldig gemacht. Dr. R. ist der Vater des Mädchens, die an dem Eingriff zugrunde gegangen ist. „Sie sind ein gewerbmäßiger Abtreiber“, schreudert er seinem Kollegen ins Gesicht. „Ihnen war es bloß um die 250 M. zu tun.“ „Inerhört.“ — Der Angeklagte schlägt mit der Faust auf den Tisch. — „Ich habe den Eingriff nur vorgenommen, weil ich schließlich darum gebeten wurde. Es war bloß eine Nachbehandlung. Von einer Abtreibung kann keine Rede sein.“ Das Gericht verurteilte aber Dr. P. zu vier Monaten Gefängnis. Also war es doch eine Abtreibung.

Die bürgerliche §218-Tragödie in der Ärztfamilie war eine der üblichen Tragödien. Wäre alles glatt verlaufen, Mutter und Vater hätten nie von dem „Fehltritt“ ihrer Tochter erfahren. Das junge Mädchen hatte einen Freund, Attaché einer Gesandtschaft. Gegen den Verkehr war nichts einzuwenden, er eröffnete gute Aussichten für die Zukunft der Tochter. Daß sich die jungen Leute in den von „Sittlichkeit und Moral“ gesteckten Grenzen halten würden, schien selbstverständlich — für die Eltern. Die Grenzen wurden nicht eingehalten, man war sogar sehr unvorsichtig, und eines Tages sah man sich gezwungen, zusammen einen Dr. S. aufzusuchen. Dieser sagte zu dem jungen Mädchen: „Vertrauen Sie sich Ihren Eltern an. Ich kann Ihnen nicht helfen.“ Leicht gesagt: Vertrauen Sie sich

Ihren Eltern an, wo man über solche Dinge mit der Mutter weder sprechen kann noch darf. Man versuchte es mit heißen Bädern, sie halfen nicht. Die jüngere Schwester hatte einen Bekannten, der Arzt war; das junge Mädchen suchte ihn auf. Die Freundin, der es seine Herzensnöte anvertraut hatte, erzählte vor Gericht, daß dieser Arzt, Dr. P., sofort einverstanden gewesen wäre, die Operation vorzunehmen. Die Angst der Patientin beruhigte er mit den Worten: Es ist eine Kleinigkeit. Die „Kleinigkeit“ kostete 250 M. und wurde in der Klinik prompt erledigt. Dann stellte sich aber erhöhte Temperatur ein. Jetzt wurde die Mutter ins Vertrauen gezogen. Das junge Mädchen kehrte mit hohem Fieber in die elterliche Wohnung zurück. In der Klinik gab es eine heftige Auseinandersetzung zwischen den Kollegen, wobei Dr. P. sagte: „Und wenn ich es schon gemacht hätte, so hätte ich Ihnen nur die Schande erspart.“ Zwei Wochen später verstarb die Patientin an Bauchfellentzündung.

Die Anklage wegen fahrlässiger Tötung war fallengelassen worden. Der ursächliche Zusammenhang zwischen Abtreibung und Tod war nicht festzustellen, die Abtreibung kunstgerecht vorgenommen worden. Daß es sich um einen regelrechten Eingriff gehandelt hatte, daran ließen die Gutachten der Sachverständigen keinen Zweifel. Die falsche Erziehung, die den Töchter nicht gestattet, den Eltern die Wahrheit zu sagen, sich dem Vater, der selbst Arzt ist, anzuvertrauen, hatte einem blühenden jungen Menschenkind das Leben gekostet.

unter Vorsitz von Landgerichtsrat Böttcher hob das erste Urteil auf und sprach Borchardt auf Kosten der Staatskasse frei. Auf Grund der Beweisaufnahme und der richterlichen Feststellungen hat das Gericht die Ueberzeugung gewonnen, daß es sich vorwiegend um ein Geschicklichkeitsspiel handelte und nicht um einen Zufall.

Großfeuer in Neufölln.

Sechs Löschzüge an der Brandstelle tätig.

In einer langgestreckten massiven zweistöckigen Fabrikhalle der Firma John u. Regel, Wärmewirtschaft und Zentralheizungsbau G.m.b.H., in der Ziegelfabrik 15/19 in Neufölln, brach gestern abend ein Brand aus, der sich in kürzester Zeit zu einem Großfeuer entwickelte.

Sechs Löschzüge eilten unter Leitung des Oberbranddirektors Gemp und des Branddirektors Bozjich an die Brandstelle. Acht Schlauchleitungen wurden in Tätigkeit gesetzt, um die Gewalt der Flammen, die an Werkbänken, Oelen, Fetten usw. reiche Nahrung fanden, zu brechen. Etwa 700 Quadratmeter der Halle sind vom Feuer zerstört worden. Der weithin sichtbare Feuerschein hatte zahlreiche Neugierige angelockt, so daß Schupo Vorkehrungen vornehmen mußte.

Die Entstehungsurache des Feuers, das schweren Sachschaden verursacht hat, ist noch Gegenstand der polizeilichen Untersuchung.

Bluttat im religiösen Wahn.

Mutter schneidet den Kindern die Hände ab.

In Mirschowitz hat eine Landwirtin ihren beiden 4 und 5 Jahre alten Mädchen die Hände abgeschnitten. Die Mutter handelte im Zornwahn und liegt im Irrenhause. In sichten Augenblicken erzählte sie jetzt die Gründe der Tat. Sie war aus der katholischen Kirche ausgetreten und empfand nun Gewissensbisse. Sie glaubte, sie käme nun in die Hölle! Als sie

den beiden Mädchen die Haare kämmt, kam ihr der Gedanke, Gott durch ein Blutopfer zu verdöhnen; sie schnitt beiden Kindern die Hände ab.

Der Spuk auf dem Brocken.

Aus dem Ziegenbock wurde kein Jüngling.

Bad Harzburg, 20. Juni.

Unter starkem Andrang des Publikums von nah und fern fand in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag auf dem Brocken die vielbesprochene „Schwarze Messe“ der englischen „Gesellschaft für psychische Erforschung“ statt. Bekanntlich handelte es sich darum, daß auf Grund eines alten magischen Manuskripts ein Ziegenbock in einen Jüngling verwandelt werden sollte.

Nachdem der Vorsitzende der englischen Gesellschaft, Price, den Sinn des Experimentes dahin erläutert hatte, daß seine Gesellschaft weder Geld noch Miße scheue, um die okkultistische Wissenschaft zu erforschen, und Professor Pfeffer-Harzburg einen Vortrag über die Bedeutung der ersten Harzreise Goethes gehalten hatte und eine Szene aus Goethes „Faust“ aufgeführt worden war, sammelten sich um Mitternacht die Teilnehmer um den „magischen Kreis“. Ein loderner Holzstoß erhellte die seltsame Szene. Fräulein Gordon, die „reine Jungfrau“, stand mit dem Hegenmeister und einem jungen Ziegenbock in dem Kreis. Weihrauch wurde entzündet, und Mister Price sprach die vorgeschriebenen Zaubersprüche. Nachdem die vorgeschriebenen Handlungen durchgeführt waren, wurde über den Ziegenbock ein weißes Laken breitet. Nach der Vorschrift sollte jetzt in den magischen Kreis ein Geist sichtbar werden, während aus der Richtung von Kassel ein Licht aufsteigen sollte. Nichts dergleichen geschah. Als man nach der vorgeschriebenen Zeit das Laken aufgehoben wurde, war auch aus dem Ziegenbock kein Jüngling entstanden.

Der Zweck der seltsamen Veranstaltung war damit erreicht. Von deutscher und englischer Seite wurden noch verschiedene Reden gehalten. Als Abschluß erklangen die deutsche und die englische Nationalhymne.



Oskar Wöhrle **Jan Hus.** Der letzte Tag

Auch diese Nacht zeigt sich, daß Vorsicht am Platz ist. Raum hat der Sundgauer den letzten Tropfen Drunten und legt sich eben mit der Zunge nachgenießend die Mundwinkel aus, da kneift er auf einmal die Augen richtig zusammen, als sei Scheibenschleien und er wüßte die Armbrüste über die Bügelkämme, um ja nicht neben den Zwick zu stolzen.

Richtig, seine Eulenaugen haben recht gesehen: Da draußen regt sich etwas. Eben bog ein Boot um die Landzunge des Horns. Zwar hört er das Ausflatschen der Ruder nicht, er sieht aber, wie sie beim Herausbug und beim Niederschlagen im Tropfsicht des Mondes glänzen.

Die müssen es verdammt eilig haben, denkt der Sundgauer. Es scheint, als ob ihnen der leibhaftige Teufel in der Genickbürste läge; die Rudern mindestens fünfhundert Schlag in der Stunde zuviel!

Der Stadtknecht hat sich nicht geirrt; die Burschen an den Riemen rudern tatsächlich außer dem üblichen Schlag. Aus gutem Grund: hinter ihnen schließt ein Verfolger daher. Eben biegt ein zweites Boot, das ein großes Bierdeckel aufgesetzt hat, dem ersten nachstellend, um die Ecke.

Mit kundigem Auge schätzt der Sundgauer die Möglichkeiten. Wenn die im ersten Boot nicht schlapp machen, so können sie bei diesem Tempo die Luke noch erreichen, eh' ihnen ein Holz in den Kreuz schwirrt. Halten sie aber nicht aus, na, dann wird ihnen ein Enterbaken das Mitternachtsessen gesegnet! Jedenfalls wird gut sein, man wartet das Treffen gar nicht ab, sondern schlägt schon vorher Bärm.

Zwei Finger in den Mund und Luft dahinter! Hei, wie das geht! Dem Sträubele fällt vor Ueberrechnung über den Alarmpfeiff beinahe die Hellebarde aus den Fängen. „Donnerschleie, Kerle, bist du überglännappt?“ faucht er

den Sundgauer an, „Was machst du'n Mordsstrach?“

„Halt's Maul, Schwab, und guk!“

Die beiden Boote sind inzwischen auf der Höhe des Stieghauses. Deutlich ist jetzt die Verfolgung zu erkennen. Der Sträubele staunt sich schier die Augen aus dem Kopf. Nein, so was, mitten in der Nacht, wenn die Welt still zu sein hat, wenn ehrliche Christenleute in den Bettfedern liegen, Boote auf dem See! Da soll noch einer in die Wachtstube kommen und behaupten, die Welt sei nicht aus den Fugen! Den will er gleich an diesen Abend erinnern. Das ist ja toller als eine pünktliche Soldzahlung!

Indessen ist es auf den Mauern und in den Wehrgängen lebendig geworden. Eisenkappen glänzen, Stimmen klingen auf. Was an Wachsoldaten da ist — auf der Seeseite bis zum Predigerkloster hin — hält Ausguck und schaut gespannt dem nächtlichen Wettrennen zu.

„Die vordern haben das Stadtwimpel gelehrt!“ meldet der Sundgauer dem ankeuchenden Wachtmeister.

„Dann ist es unser Ratsboot aus Ueberlingen!“

Der Dicke behält recht; es ist tatsächlich das Ratsboot; jetzt, wo es eine halbe Querschwenkung macht, sind auf den Schilden, die an der Bordseite hängen, deutlich die Konstanzer Kreuze erkennbar.

„Ganze Wache raus!“ schreit der Dicke. „Macht die Armbrüste fertig! Hierher, ihr Schützen! Und ihr zwei da, hopp, an die Luke! Luke auf, Kette weg, daß der Kasten einfällt! Fir, rührt die Knochen!“

Die Befehle werden ausgeführt, stramm, wie bei einer Uebung.

Das Boot draußt heran, toller als im Rannst einer Bettfahrt. Die sechzehn Riemen klatschen ein, daß das Wasser wie flüssiges Blei spritzt. Es ist die Todesangst, die den Rudern das Letzte an Kraft auspreßt.

„Schaff ufa! Schaff ufa!“ brüllt unablässig der Mann am Steuer. „Schaff ufa! Schaff ufa!“ und im anfeuernden Takt seines Rufes hauen die Ruder ein.

Bis auf dreihundert Ellen ist das Ratsboot heran, als die ersten Holz an dem Verfolgerboot kommen. Aber sie erreichen die Fichtenden nicht, sondern klatschen zwei drei Längen hinterher kraftlos ins Wasser.

in die Luke. Hoch hebt sich das Kielwasser am inneren Brellpfehl.

„Hand weg, Sträubele!“ Greiß, noch in den Hubgicht hinein, raffelt die von der Luke abknarrende Kette.

Gerettet!

Die Riemen schleifen; ausgepumpt, halber ohnmächtig, hängen die Knechte über der Ruderbank; den Schwung des Auslaufs benutzend, zwingt der Rothart am Steuer das Boot an den Steg.

Doch die Stadtsoldaten haben keine Zeit, das Vandungsmanöver zu verfolgen. Ihre ganze Aufmerksamkeit gilt dem Räuberboot, das nicht die geringsten Umstalten macht, abzuschwenken und das Weiße zu suchen. Im Gegenteil, mit spitzem Schnabel hält es frech auf die Einfahrt zu, wie der Häher auf den Schlag, in den sich die verfolgte Taube rettete.

„Die Hunde rammen die Rett!“ brüllt der Sundgauer.

„Schützen, fertig!“ schreit der Wachtmeister.

Zwanzig Armbrüste heben sich. Doch es kommt nicht zum Schuß. Im letzten Augenblick legt sich das Boot quer zur Einfahrt, das Bierdeckel fällt klatschend nieder, und eine heisere, verloffene Stimme quält herauf: „Vandser! Nicht schießen! Hier allweg gut Konstanz!“

„Wer da?“ verlässigt sich der Wachtmeister.

„Hier die Ritter vom Twell!“ sagt stolz die verloffene Stimme.

„Haha, die Ritter vom Twell!“ Und es lacht der dicke Wachtmeister, daß ihm die Wampe wackelt. „Haha, die Ritter vom Twell!“ und es lacht der Stadtsoldat Sträubele, daß ihm das Wasser in die Peterflie läuft. „Haha, die Ritter vom Twell!“ und es lacht der Andres Uri, der sonst so schwerhörig ist. „Haha, die Ritter vom Twell!“ und es lachen all die Armbrüster und Hellebardenträger vom Lukenhäusle, die Hafenseite entlang bis zum Predigerkloster auf der Insel. „Haha, die Ritter vom Twell!“ und es wachen all die halbtoten Ruderknechte auf und lachen in ihren Bänken.

„Haha, die Ritter vom Twell!“ und es lacht der Rothart am Steuer, der noch eine Minute zuvor vor Angst Blut geschwippt hat. „Haha, die Ritter vom Twell!“ und es lacht sogar der unterlegte, dicke Mann, der eben aus dem Boot steigt, Ammon Weikl, der Ueberlinger Nachrichten, der sonst nie eine Wiene in seinem gedumfenen Gesicht verzieht.

(Fortsetzung folgt.)

Hinter Schloß und Riegel.

Hochbetrieb von Moabit bis Tegel.

Das Loben der politischen Romdies und der beträchtliche Eifer der Spießbuben ist nicht ohne Wirkung auf die Gefängnisse geblieben. Wenn die Polizei heutzutage oftmals ganze Kompanien von Kaufbuben arrestieren muß, dann gibt es in Moabit, in Tegel und in Plöthensee viel zu tun. Besonders die großen Untersuchungsgefängnisse können sich in dieser Zeit über mangelnden Besuch durchaus nicht beklagen und wenn man dies alles als bekannt voraussetzt, ist man trotzdem erstaunt zu hören, daß beispielsweise das große Dortmunder Untersuchungsgefängnis im April 1932 einen Durchgang von 34 000 und im vorigen Monat einen solchen von 29 000 Delinquenten hatte. Das sind für die Provinz recht stattliche Zahlen!

Auch die Berliner Gefängnisse haben keinen Mangel an Inhafteten. So ist das Zellengefängnis Berlin-Moabit schon seit längerer Zeit überbelegt; statt der normalen Ziffer von täglich 1200 Gefangenen schwankten die Belegungszahlen ungefähr um 1700 Häftlingen. Das heißt allerdings nicht, daß kein Platz mehr wäre. Nennlich wie in Moabit sah es bis vor kurzem in Tegel und Plöthensee aus. Früher kamen nach Tegel die evangelischen und nach Plöthensee die katholischen Gefangenen, die bereits abgeurteilt waren. Heute ist Tegel Eingangsanstalt mit überwiegender Einzelhaft; in Plöthensee dagegen befinden sich die Geförderten der Stufe II, Gefangene mit einer Strafe bis zu 6 Monaten und die Psychopathen. Nun kann man aber in ein Gefängnis nicht wahllos Verhaftete hineinstopfen, wie wir gleich sehen werden, sondern man

muß vor allem auf eine Trennung der Komplizen bedacht sein. Deshalb hat man, um Luft zu schaffen, das alte vor Jahren stillgelegte Festungsgefängnis Spandau wieder in Betrieb genommen, wo sich vor einigen Wochen bereits an die 200 Mann befanden. Die eigentliche Entlastung brachte aber erst das Freiwerden der jetzt nicht mehr als Zuchthaus benutzten Strafanstalt Gollnow. Die Zuchthäuser kamen nach Brandenburg und die Berliner Gefängnisbrüder nach Pommern.

Gelegt den Fall, bei einer der üblichen Straßenkämpfe werden zehn, zwanzig oder dreißig Begelagerer festgenommen und der Untersuchungsrichter hält die Tat für so schwer, daß er die Leute vom Weg nach Moabit bringen läßt. Der Untersuchungsrichter verlangt natürlich, daß jeder von ihnen gefondert gehalten wird, damit sie sich ihre Auslagen nicht zurechnen können. In den Zellen mag das noch angehen, aber wie die Leute in der Freistunde auf dem Hof auseinandergehalten werden sollen, erscheint sehr schwierig. Vor allem, weil doch die Leute, die sich vor ein paar Tagen noch auf der Straße mit Schießprügeln traktierten, sofort wieder übereinander herfallen würden, wenn die Beamten nicht aufpassen. Es ist ja bekannt, wie jener Graf Heildorf, der seinerzeit wegen des Kurfürstendamms-Bogroms in Moabit saß, sofort von Kommunisten angefallen wurde, als sie ihn auf dem Hof erkannten. Damit soll nun nicht gesagt sein, daß nur die angeblich „politischen“ Romdies die Kräftemacher sind, auch die Ringvereinsbrüder, die sich in Tegel ein Stelldichlein geben, führen oft genug ein gehöriges Theater auf.

Ein hemmungsloser Mensch.

Die Ehefrau muß es büßen.

Das Landgericht I verurteilte den Schlächtergehilfen N. wegen versuchten Totschlags, begangen an seiner Ehefrau, zu einem Jahr Gefängnis.

Der Verurteilte ist im allgemeinen ein nüchterner, anständiger und arbeitsamer Mensch. Wenn er aber in Wut gerät, weiß er nicht mehr was er tut. Dr. Wacker sprach in bezug auf ihn von „Explosionen“. Wie gemeingefährlich aber derartige Explosionen bei solchen Menschen sein können, zeigte allein schon die bloße Aufzählung der Missetaten, die N. begangen hat. Einmal sprang er seiner Mutter an die Kehle, ein anderes Mal schlug er in seiner Eifersucht der Freundin mit dem Beil über den Kopf — beides brachte ihm wenige Monate Gefängnis ein — und diesmal hatte er mit einem Küchenmesser seine Frau in den Hals gestochen.

Vor etwa vier Jahren hatte N. die zehn Jahre ältere S. geheiratet und war während seiner ganzen Ehezeit arbeitslos. Er war aber ein guter Ehemann und ein noch besserer Vater. Anfang März d. J. lernte er in einem Lokal eine verheiratete Frau kennen. Die Beziehungen wurden intim. Eine Woche später beschloß die „Freundin“ ihrem Mann wieder treu zu sein. N. war außer sich. Die sollte etwas erleben. Er ließ sich von der Frau eine Felle geben und schloß ein Küchenmesser scharf. Dann begab er sich zur Nachbarin, die einst in einem Woydprozeß als Zeugin hatte auszusagen müssen und fragte sie, weshalb eine Strafe ihm drohen könnte, falls er seiner ungetreuen Geliebten eins auswichen würde. Sie warnte ihn: Daß die Finger davon, du kommst ins Zuchthaus. Zwar kochte er vor Wut, gab aber seinen Raschepfan auf. Als er nach Hause kam, machte ihm seine Frau Vorhaltungen wegen der Freundin; sie hatte davon von der Nachbarin erfahren. Es folgten scharfe Auseinandersetzungen. Plötzlich zog er das Küchenmesser aus der Tasche und verfehlte der Frau einen Stich. Jetzt hatte er seine Wut gegen die Geliebte abregiert.

Die Frau hat dem Mann den Wutausbruch verziehen. Im Gerichtsfaal kam sie aus dem Weinen nicht heraus. Als das Gericht die Haftentlassung des Mannes ablehnte, bekam er seinen Wutausfall und schrie freudbedeilt: „Ich nehme das Urteil nicht an. Lassen Sie mich nach Hause. Ich gehe nicht ins Gefängnis zurück“ und ließ sich nicht beruhigen. Dann wurde er ganz kleinlaut und erhielt zum Schluß Sprecheraubnis mit seiner Frau.

In Feuer und Seeno.

200 Menschen von einfallendem Seefleg gerettet.

London, 20. Juni.

Am Sonntag wurde die Landungsbrücke in dem Seebadort Lee-on-the-Solent vollständig durch ein Feuer zerstört, das durch das Durchschlagen einer Sicherung in der Küche des Restaurants auf der Pier entstand. Im Nu waren die Tanzhalle und die übrigen Vergnügungsräume in dichten Rauch und Flammen gehüllt, und nach drei Viertelstunden brach die ganze Brücke mit etwa 200 Personen zusammen. Boote ellten herbei und retteten die Menschen, denen der Rückweg abgeschnitten war. Es war ein Glück, daß das Feuer ausgedrungen war, ehe der Festanz begonnen hatte, da sonst die Folgen sicherlich sehr ernst gewesen wären.

Eisenbahner auf der Sommerchau.

Am Sonntag wimmelte es im Terrassengarten der Berliner Sommerchau von Eisenbahnern. Tausende aus Berlin und aus dem Reich waren der Einladung ihrer Turn- und Sportvereine gefolgt. Es sollte durch sportliche Vorführungen gezeigt werden, daß die Pflege der Leibesübungen auch für den Eisenbahner von Wichtigkeit ist. Nach einem Einleitungsbericht, gehalten vom Notstandsreferent des Arbeitsamts Berlin-Mitte, zogen 400 jugendliche Sportteilnehmer ein und führten dem trotz des unbeständigen Wetters zahlreich erschienenen Publikum gute sportliche Leistungen vor. Am Vortage des Bundes der Deutschen Reichsbahn-Turn- und Sportvereine begrüßte der erste Vorsitzende Baumeister die Gäste. In herzlichen Worten dankte Reichsbahnpräsident Dr. Dörpmüller für die Einladung und gab einen kurzen historischen Rückblick über das Entstehen der Sportvereine, an deren Gründung er selbst teilgenommen hat und die heute mehr als 400 000 Eisenbahner zu ihren Mitgliedern zählen. Dr. Dörpmüller sprach ferner vom schweren, verantwortungsvollen Dienst dieser Berufsangehörigen und wie unendlich wichtig es ist, daß die Berufstreue für die überaus schwierige Arbeit erhalten und gestärkt werden muß durch kameradschaftlichen Zusammenhalt zum Zweck der Erhaltung der körperlichen und seelischen Kräfte. Auch der Vorsitzende des Reichsverbandes der Eisenbahnervereine, Reichsbahndirektionspräsident Martin, sprach herzliche Worte des Dankes und der Aufmunterung zu weiterer kameradschaftlicher Arbeit. Die Vorträge wurden von Gesangsbeiträgen der Eisenbahnerchöre umrahmt.

Volksfront gegen Hitler-Barone!

Unsere nächsten Partei- und Betriebsveranstaltungen:

- 47. Abt. Mittwoch, den 22. Juni, 20 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24/25, öffentliche Kundgebung „Kampf um die Lebensrechte der Arbeiterklasse“. Referent: Dr. Kurt Löwenstein, MdR.
- 8. Kreis — Spandau. Donnerstag, den 23. Juni, 20 Uhr, in Koch's Bismarcksäle, Feldstraße 52, öffentliche Jungwählerversammlung. Referent: Max Westphal.
- Ehrlich & Graetz. Dienstag, den 21. Juni, 16,30 Uhr, bei Doehling, Kieholz-Ecke Eisenstraße. „Eiserne-Front-Versammlung“. Referent: Hans Marx.
- A. E. G. — Treptow. Dienstag, den 21. Juni, 16 Uhr, im Lokal Eisenstraße 115/116, Fraktionsversammlung mit Sympathisierenden. „Kampf um den neuen Reichstag.“ Referent: Gottlieb Reese.
- Statistisches Landesamt. Dienstag, den 21. Juni, 20 Uhr, im „Dresdner Garten“, Dresdner Straße 45, SPD-Fraktionsversammlung. „Politische Lage und die Aufgaben der Arbeiterschaft“. Referent: Stadtrat Albert Horlitz.
- SPD-Fraktion Erziehungshaus Lindenhof. Dienstag, 21. Juni, 21 Uhr, bei Tempel, Gudrunstr. 7, Betriebsversammlung. „Politische Lage und die Aufgaben der Arbeiterschaft.“ Referent: Arthur Richter.
- Achtung! Berliner Ostern! Eiserne-Front-Vorstellung des Kartells für Arbeitersport und Körperpflege am Donnerstag, dem 23. Juni, auf dem Sportplatz Friedrichshain. Abend-sportfest, verbunden mit einer Sonnenwendfeier. Aus dem Programm: Konzert des Bläserchors der FTGB., sportliche Vorführungen, Sprechchor und Rezitation von Theo Maret. Am Feuer spricht Genosse Karl Litke. MdR. Eintritt 20 Pf., Erwerbslose 10 Pf. Beginn 18 Uhr. Karten an der Abendkasse und bei allen Parteifunktionären!

Mexikanische Stadt zerstört.

Furchtbare Folgen des letzten Erdbebens.

Mexiko, 20. Juni.

Die „Brensa“ meldet aus Guadalaajara, daß die Stadt Juxtitan im Staat Jalisco durch das Erdbeben zerstört wurde. Es seien zahlreiche Tote und Verletzte zu verzeichnen. Der Gouverneur von Colima berichtet, daß dort nur eine Person getötet und zwei verletzt worden seien. Ein bei dem Blatt „Unterful“ eingegangenes Telegramm berichtet, daß die Stadt Tuzuman bisher zwei Tote und sechs Verletzte zu verzeichnen habe. Ueber die Zahl der Opfer in Manzanilla liegen noch keine Nachrichten vor, doch ist der Sachschaden sehr bedeutend, was auch für Colima zutrifft.

75 Jahre Teltower Kreisparke.

In wirtschaftlich schwerer Zeit kann die Sparkasse des Kreises Teltow auf ein 75jähriges Bestehen zurückblicken. Am 1. Juni 1857 erhielt ihr erstes Statut die landesherrliche Genehmigung. Mit dem 2. Januar 1858 nahm die Sparkasse ihre Tätigkeit in der Stadt Teltow, dem damaligen Sitz der Kreisverwaltung, auf. Zusammen mit dieser wurde sie im Jahre 1872 nach Berlin verlegt. Im Jahre 1906 bezog sie ihr jetziges Verwaltungsgebäude in der Viktoriastraße in der Nähe der Potsdamer Brücke. Die Teltower Kreisparke erfreute sich stets einer günstigen Entwicklung. Sie ist die größte Sparkasse in der Provinz Brandenburg und gehört auch zu den größten Sparkassen Deutschlands. Mit einem Einlagenbestande von 84,8 Millionen Mark, (70,7 Millionen Mark Spareinlagen, 9 Millionen Mark Giroeinlagen und 5,1 Millionen Mark aufgewertete Spareinlagen — 13,5 Millionen Mark sind an Aufwertungsparer schon ausgezahlt) tritt die Sparkasse in das 4. Vierteljahrhundert ihres Bestehens ein.

Do X liegt nach Stettin. Das Flugboot Do X wird am Donnerstag von Berlin nach Stettin starten. In Stettin wird das Boot mehrere Tage bleiben und von dort aus verschiedene Ostseeflüge unternehmen.

Auf der Vertretertagung des „Brandenburgischen Verkehrsverbandes“, die am 18. Juni in Strausberg stattfand, wurden an Stelle des bisherigen Vorsitzenden, Oberbürgermeisters Dr. Fräs-dorf-Brandenburg, der als Bürgermeister nach Köln gegangen ist, einstimmig Oberbürgermeister Vah-Guben zum Vorsitzenden und Erster Bürgermeister Dr. Büchel-Neuruppin zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Polizeiwachmeister schwer verunglückt. Auf der Köpenicker Landstraße, unweit der Baumchulenstraße, ist gestern Abend der Polizeiwachmeister Paul Friele von der Polizeiaufsicht Friedrichshain schwer verunglückt. Der Beamte befand sich mit seinem Motorrad gegen 16.15 Uhr auf dem Wege nach Berlin. Kurz vor der Straßenkreuzung prallte er mit einem Lastauto zusammen, wurde auf das Strohsplaster geschleudert und erheblich verletzt. Der Verunglückte fand im Westend-Krankenhaus Aufnahme.

Theater, Lichtspiele usw.

Städt. Oper
Charlottenburg
Bismarckstraße 34
Dienstag, 21. Juni
Turnus IV
Die Banditen
Frind, Eisinger,
Nikolajewa, Burg-
winkel, Westerm-
eier, Gründgens.
Egenlauf
Anfang 20 Uhr
Ende gegen 23 Uhr

Volksbühne
Theater am Blücherplatz
8 Uhr
Zum 1. Male
Geld ohne Arbeit
Komödie von
Alberto Colantoni
Bearbeitet von
R. A. Stemmler
Regie: Günther Stark

SCAL
Tägl. 8 u. 9 1/2 Uhr
Fernando LINDER
Joe Pnauht's
14 Rheuss-Affchen
Ada & Eddie Darns
Willy Rosen osv.

PLAZA
Sine Sine, 94
56. 91. 100. 113. 115. 116.
E 7 Wehr. 431
Schwarzwalddel

„Ich bin 72 Jahre alt“



und fühle mich nach Gebrauch Ihres Knoblauchsafte so wohl wie ein Dreißigjähriger. Zinsser-Knoblauchsafte hat mir sehr gute Dienste geleistet, vor allem gegen Kopfschmerzen, schlechten Stuhlgang, Nierenbeschwerden, zu hohem Blutdruck und Nervosität. Das Essen schmeckt mir wieder und auch arbeiten und marschieren kann ich wieder sehr gut.

Herrn Hartmann,
Eisenbahn-Oberbauschaffner i. R., Wilkau I 54

Zinsser-Knoblauchsafte
aus echten bulgarischen Knoblauchschiebeln hat sich bewährt bei zu hohem Blutdruck, Arterienverhärtung, Herzbeschwerden, Asthma, Hämorrhoiden, Leber- und Gallenbeschwerden, Verdauungsstörungen, Rheumatismus und allen Stoffwechselstörungen.

Flasche, 3 Wochen ausreichend, 3 Mk., Versuchsflasche, 1 Woche reichend, 1 Mk.
In den meisten Apotheken und Drogerien vorrätig.

Geruchlos
und ohne das oft lästig empfundene Aufstoßen sind Zinsser-Knoblauch-Tabletten, ebenso Zinsser-Knoblauch-Öl-Kapseln, da sich diese erst im Darm lösen. Die Wirkung ist dieselbe wie beim Saft. 1 Schachtel 3 Mk. Verlangen Sie ausdrücklich „Zinsser“ und achten Sie auf nebenstehende Schutzmarke. Bietet man Ihnen eine Nachabmung an, so bestellen Sie direkt bei

Dr. Zinsser & Co. Leipzig 75

Engros-Anlieferungslager Berlin C 25,
Prenzlauer Str. 30. Tel.: E 2, Koptergaben 2274.
60 000 Anerkennungen über Zinsser-Hausmittel.

Staats Theater
Dienstag, den 21. Juni
Staatoper Unter den Linden
20 Uhr
Eine Nacht in Venedig

Staatsschauspielhaus
Sodanumarkt.
20 Uhr
Jeppe von Berge

Schiller-Theater
Charlottenburg.
20 Uhr
Abschied von der Liebe

Winter Garten
8 Uhr 15. Flora 3434. Ruden erl.
Paul Graetz. Peter Sachse.
Jenny & Piccolo.
Crocers & Crocers usw.

LUNA PARK
Sensat. Turmschiff
FEUERWERK
50 Pfg

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Donnerstag, den 23. Juni,
abends 7 Uhr, im Deutsches Haus,
Cinnienstraße 53/55.
Häffler Straße 66/68, Eingang B
Versammlung der Kollegen schmiede aus den Innungsbezirken
Eggsordnung:
1. Bericht aus den Innungsbezirken.
2. Arbeitsangelegenheiten und Berichtsangelegenheiten.
3. Berichtsangelegenheiten und Berichtsangelegenheiten.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Es ist Pflicht aller Kollegen, an dieser Versammlung teilzunehmen.

Donnerstag, den 23. Juni,
abends 7 Uhr, im Sitzungssaal des
Verbandshauses, 2 Treppen,
Häffler Straße 66/68, Eingang B
Konferenz der weiblichen Vertrauensleute und Betriebsräte
Eggsordnung:
1. Bericht aus den Betrieben.
2. Verbandsangelegenheiten und Berichtsangelegenheiten.
Da es sich um wichtige Fragen handelt, werden die Funktionärinnen erbeten, pünktlich und bestimmt zu erscheinen. Organisierte Kolleginnen können als Gäste an der Konferenz teilnehmen.

Die Ortsverwaltung.

HAUS VATERLAND
Vergnügungs Restaurant Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

ZOO
Stadt Ferienreise
ZOO-Abonnement
auch Monatsdauerkarten = 17% ermäßigt.
Am 22. Juni, 4 Uhr nachm.:
ZOO-Kinderfest!

Deutsches Theater
Die Journalisten
Lustsp. nach Gustav Freytag
von Felix Juchaczson
Musik: Theo Mackeben
Regie: Heinz Hilpert.

Rose-theater
Grote Franzfurter Straße 137
1a. Wehr 1 3412
8.30 Uhr

Die eiserne Jungfrau
Gartenbühne
8.30 Uhr

Konzert u. Variete Zigeunerliebe

Erdbeer-Marmelade
bereiten Sie

Rezept
3 1/2 Pfund Erdbeeren und
3 1/2 Pfund Zucker (doch
keinesfalls weniger) ohne
Wasser zum Kochen bringen
und 10 Minuten brau-
send durchkochen. Hierauf
eine Normalflasche Opekta
„flüssig“ zu 88 Pfg. sowie
den Saft einer Zitrone hin-
eintrühren u. sofort in Gläser
füllen. Genaueste Koch-
anweisung mit Rezepten
liegt jeder Flasche bei.
Vorsicht beim Opekta-Ein-
käufer! Nicht zu verwech-
seln mit ähnlich lautenden
Gallermitteln. Opekta
ist nur echt mit dem damp-
fenden 10-Minuten-Topf.

Opekta
Bis zu 200 Früchten gewaschen

Achtung! Rundfunk! Sie hören über die Sender Berlin jeden Mittwochvormittag von 10.35 bis 10.50 Uhr den sehr interessanten Lehrvortrag „10 Minuten für die fortschrittliche Hausfrau“ aus der Opekta-Küche. — Rezeptdurchgabe!

Trocken-Opekta ist Opekta in Pulverform von gleich hoher Qualität wie Opekta flüssig. Beutel zu 25 Pfg. für etwa 2 Pfd. Marmelade, und Kartons zu 45 Pfg. für etwa 4 Pfd. Marmelade. Genaue Rezepte liegen jeder Packung bei.

Flüssiges Kochbuch mit über 100 ausführlichen Rezepten für Marmeladen, Gelees, Tortenübergüsse, Eis und Süßspeisen in den Geschäften erhältlich oder gegen Vorauszahlung von 20 Pfg. in Briefmarken von der OPEKTA-GESSELLSCHAFT M. B. H., KÖLN-RIEHL 208

Lessing-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Madonna wo bist Du?
Erika v. Theilmann
Luise Stöbel
Theodor Loos
Josef Wedorn

Rast im Sandmeer

Aus einem Tagebuche / Von S. Richards

Die Wüste dehnt sich unendlich weit in den Tag hinein. Heiß brennt die Sonne. Kein frisches Grün, kein Wasser, nur Sand. Gelbbrauner, wandernder, sengender Sand in endlosen Dünen und Wellen. Und Totenstille, die nur der schwingende Klackton des Seilkamels bewegt.

Hintereinander gebundene Kamelgehehen auf schmalen Pfaden vorwärts stampfen sie im Sande, wie im tiefsten Schnee. Am Horizont reißt sich Hügel an Hügel. Der Sand flimmert weiß. Kahle, abgeschliffene Gipfel zeichnen sich in den glasblauen Himmel hinein. Große Flechten durchweben den Boden, gelb und blutrot, der Sand wird fleckig, wie das Fell der Hyänen.

Ein ungeheures Band diese Wüste, mit ihren Tälern und Höhen, das in ergreifender Unbewegtheit seiner Zukunft harret! Die Unbewegtheit der Erde teilt sich dem Himmel und den Menschen mit, die in schlaffer Reglosigkeit verharren. Der Ritt in der Mittagsnähe wird unerträglich. Alles ist lästig. Selbst im Zeltschatten herrscht drückende Schwüle, in der jede Bewegung schmerzhaft wird.

Auf den Rücken der Sanddünen zerfällt glühendheißer Sand zu Asche, wirbelt langsam in winzigen Sandhosen auf und läßt die feinen Trichter wie einen Vorhang hinter den Dünen niederfallen. Das geschieht rasch, unvermittelt, während ringsum kein Lufthauch zu spüren ist und der singende Ton des wandernden Sandes kaum das Gehör erregt. Wegspuren heben sich deutlich vom Boden ab. Die Sandwirbel kündigen die Nähe wassergetränkter Landes!

Die Tiere haben Bitterung, sind unruhig und laugen in seltsam schluchzenden Jügen die Luft ein. Schneller schwanken sie dahin, ohne den feindlichen Ruf der Berber.

Ueber dem Horizont steht ein dunkler Streifen — die Dase. Die Tiere stürmen voraus, hoch erhobenen Kopfes jagen sie im schwerfälligen Trott dem fernen Ziele zu. Das Wasser wirkt Wunder!

Im Schweigen der gelben Wüste liegt die Dase, wie ein vergebliches Heiligtum. Ein langer ovaler Tempel in Grün und Braun. Im Schatten der Palmfröhen rasten die Kamelgehehen. Mit schluckenden Bewegungen fallen sie in die Knie. Am Abfluß des großen Brunnen sind die Lagerplätze, umschwärmt von den Eingeborenen, deren angenigerte Haut durch die langen, zerrissenen Gewänder blakt. Fünfmal am Tage verneigen sie sich nach Mekka, aber wenn sie ins Lager kommen, um Handel zu treiben, dann haben sie keinen Glauben mehr.

Die erregenden Laute der Karawanenankunft sind erstorben, die Hunde schlagen mit wütendem Geckel an. Hornstöße wehen herüber und kommen näher. Die lustigen Triller der Clairons künden nahende Soldaten an. Magisch, fast beschwörend, stehen die schmalen Hornstöße in der Luft und brechen ihr helles Echo im Gesieder staubzerfressener Palmen. Erschreckte Geier steigen auf.

Das ganze Dajendal ist auf den Beinen. Der Kelleste begibt sich mit einigen Männern zum Dorrausgang, um Ausschau zu halten nach dem, was kommen muß. Die Buren wehen im leichten Winde, die Männer schreiten feierlich und schmutzig dahin. In Ehrfurcht begleitet von einer Schar nackter, brauner, wollhaariger Kinder, die die Bäckstühle wittern.

Die Clairons klingen wieder. Ueber die letzten Sandhügel schieben sich Soldaten heran. Fremdenlegionäre. Sie marschieren in den Schatten der Dase.

Gewehrpyramiden wachsen aus dem Boden, abgeworfene Tornister liegen wie im Schirmhül umher, die Zeitstadt der Legionäre ist entstanden. Wir luchen nach deutschen Landsleuten. Das Peloton kennt nur Iren, Dänen, Oesterreicher und Südländer. Ihre Gesichter sind leer, von tiefer innerer Müdigkeit geahmt. Die Augen in den braunen Höhlungen haben die erregende Weite der Wüste getrunken, sie sind gefärbt von all den grellen Lichtern und halb geschlossen. Ihre schweißnassen Glieder lähmt Resignation.

Der staubumwäلتe Sonnenuntergang bemalt die Flanken der fernen Sandhügel mit trüber Kupferfarbe. Der Himmel wird immer blauer und milder. Der Abend meldet sich. Im Westen, wo die Sonne hinter der Hügelkette verging, steht wie ein Wundermal eine scharlachrote Wolke am Horizont. Die harte Gut des Tages weicht der tiefblauen Schatten der andbrechenden Nacht. Jeder Laut erstirbt. Das wundervolle Licht des südlichen Kreuzes geht am Himmel auf, der bleichviolette Schein durchleuchtet den Aether.

Die Wüste hat ihren stimmernen Rand an die Nacht verloren! Im Lager tönt das fragbürtige Grammophon, dem der Wüstenland die Kehle austraute. Legionäre kommen aus den Zelten näher heran und lauschen mit bestiger Reugier alten Schlagern. Drüben, gegen den Abend zu, lehnt ein Regierweib an den Palmen — ein maffiger Haufen nachtschwarzen Fleisches, nach dem sich die Soldaten lehnen. Das Grammophon verstummt. Die breiten Flammenzungen der Lagerfeuer lodern lautlos in die Nacht hinein. Ganz leise, wie lehnfüchtiges Schluchzen eines Kindes nach der Mutter, klingen Melodien auf. Fremdartig und doch heimlich. Ein erschütterndes wehmütiges Lied.

Erna Büsing: Fieber im Wüstenfort

Die Sonne bohrt ihre Strahlen in diesen Steinhaufen, der ein die Gegend machtvoll beherrschendes Wüstenfort ist. Eine dumpf brütende Hitze hinterläßt die Sonne als stets bleibende Erinnerung an sich, auch des Nachts. Wenn längst die merkliche Kühle der Wüstennacht um die Mauern des Forts spielt, liegt in den Gewölben selbst noch die Hitze als heiße Luftschicht, die dem Menschen die Freiheit der Eigenbestimmung raubt. Unaufhörlich laufen die elektrisch betriebenen Luftschlächer, aber sie geben unangenehme Zugluft und keine wohltuende Kühle. Die leicht surrenden Apparate wirbeln gleich Sonnenstäubchenäulen Sand auf. Er ist schon seit langem der erbittert bekämpfte Feind der Fortbesatzung.

Sand, Sand, diese feintörnige Rasse wird zu gigantischen Bergen, die sich kühn und mutwillig vor dem Wüstenfort aufstürmen, sie wird zum zermahlenden Belag, der durch jede Oeffnung des Forts dringt, der den Schreibtisch des Kommandeurs bedeckt, der in die Ohrgelächter der Soldaten triecht. Sand, Sand, nichts als Sand, man schmeckt ihn, man riecht ihn, man kann ihn nicht entgehen. Kampflös, nutzlos macht er den Menschen. Er ist ein Feind, gegen den Widerstand wie Angriff gleich erfolglos sind.

Sonne und Sand sind Bürger, die durch das Fort schreiten, doch hat sich jetzt zu ihnen der Tod selbst gesellt, das Fieber. Die Europäer dachten, sie hätten es ein für allemal niedergedrungen. Sie

Rur eine einzelne Stimme singt drüben, an den Feuer der Legionäre. Plötzlich bricht das bangende Schweigen. Einer nach dem anderen fällt ein. Schermer tönen die Akkorde. Mit verschleierten Augen singen die Legionäre in die Tropennacht hinein.

Sie singen und niemand empfindet mehr die störende Nähe des anderen. Spannungen lösen sich, die immer zwischen weißen Menschen in diesen Ländern stehen. Die Oede und Freudlosigkeit des Wüstenlebens verliert sich in die dunklen Worte des Liedes.

Viele Sprachen klingen. Am ersten Feuer singt ein Soldat zur Negerin hinüber. Es ist zweite Stimme und deutlich zu unterscheiden, wahrscheinlich hat er die Melodie selbst erfunden. Es klingt, wie all diese Legionäre hier sein müssen: müde, stöhnend unter der schweren Last ihres Innern.

Jeder Kern begriff das Lied, in das die Legionäre so viel sprachig ihre halbbewußten Empfindungen und Gedanken hineingesungen haben. Die Boganten der algerischen Wüste, denen es gleich ist, was morgen geschieht, die kaum den Willen haben, an Vergangenes zu denken, halten Zwiegespräche mit sich selbst. Im Lied allein formt sich Hoffen und Erinnerung. In den Augenblicken tönender Einsamkeit bewegt die Legionäre, deren brandrote Gesichter unbeweglich auf den bordierten Krügen der offenen Waffentische sitzen, immer das gleiche.

Der Schlaf will nicht kommen. In der Ferne tönt das Singen der Heimatlosen, die nur im Dunkel der Nacht den Gedanken freien Lauf lassen, mitten unter Barbaren.

Die Schauer der Tropennacht verlieren sich. Der Tag erwacht mit tollen Lichtexplosionen. Groß und rot steigt die Sonne über dem Sandmeer auf. Überall wieder das horizontweite, einförmige Sonnenflimmern, das der Sand zurückwirft. Der Himmel wird allmählich weiß, daß er sich schwarz vor den Augen schattet. Ueber dem Horizont steht als dunkler Streifen die Dase. Wie ein Abschiedsgruß trillert ein Clairon seinen Ruf herüber. Ein Gruß der Heimatlosen, den die heiße Luft der Wüste echolos verschluckt! — — —

K. K. Dellen: Im Rinnstein der Welt

Für die letzte Klasse hatte es noch gereicht. Gelbrot stand die Sonne hinter einem der tausend Minarets von Stambul, da zog man das Fallreep hoch. Nun schleppte mich der französische Kasten nach Süden.

Stumpf gleichgültig schlugen die Wellen an die Bordwand. Dort hinten, irgendwo am Kai, stand mein Bruder. Dicker schwarzer Rauch aus unserem Schornstein legte sich auf das Kielwasser und versperrte den Blick. Unermüdlieh vorwärtsstößend schnitt der schlanke hohe Bug immer wieder neue Wellen in Stücke.

Auf Mittelmeerdampfern geht es in der letzten Klasse meist nicht sehr appetitlich zu. Dieser hier war noch besser als der italienische Schwarzmeerdampfer, auf dem wir zwischen Dahlen und Wasserbüffeln schlafen mußten. Die Araber und Juden hier im Verdeck allerdings hätten lieber bei diesen Tieren geschlafen, als nebeneinander. Dazu war noch französisches Kolonialmilitär da, das weder Araber noch Juden liebte.

In Bayrut kamen andere Menschen an Bord. Dabei viel Militär. Drei davon standen am anderen Tag am Reeling und schauten ins Meer. Ihre Hüden, ihre Mäntel sahen so abgerissen aus wie die Uniformen unserer Soldaten, als sie achtzehn nach Hause kamen. Die drei Gesichter waren lederfarben und verbraucht. Ihre Finger zitterten manchmal leicht, sie waren gelb von tauelnden Zigaretten. Als sie Deutsch sprachen, mußte ich, daß sie aus der Fremdenlegion kamen. Syrien hatte sie nicht fressen mögen.

„Wie bist du dazu gekommen?“ fragte ich einen.

„Es war eine einfache Sache,“ meinte er. „Ich war vierzehn alt. Lag von vierzehn bis achtzehn gegen die Franzosen im Dreck und mußte nicht warum. Wie ich heimkam, war meine Stadt polnisch. Es gab Krieg gegen die Soppjets und neue Truppenaushebung. Da desertierte ich. Aber ich war den Krieg nun schon gewöhnt und drei Tage später unterschrieb ich den Kontrakt in Straßburg. Seitdem — Vive la Legion!“

„Was wollte der Blasse gestern mit dem Sergeanten Maier,“ sagte ich das Gespräch fort. „Ist das ein Deutscher?“

„Und ob!“ knurrte der Dicke zornig. „Von Frankfurt am Main ist dieses unverkämte Schwein.“

„Hattest du was mit dem?“ fragte ich.

„Nicht von Papp“ meinte der Dicke. „Es war vor zehn Wochen. Der Kerl hatte einen Suf aus Schnaps, suchte mit der Dienstpistole. Ich schlug ihm auf die Wote, daß sein Schuß in den Dreck fuhr und die Waffe dazu. Der Kerl war blau vor Wut und schrie vom Kriegsgericht in Bayrut. Suf hin, Suf her — Maier war Sergeant!“

Bon, denke ich, die Jahreszeit ist gut. Um zwei Uhr morgens war der Maulelef geladelt. Mustete, Patronen, Arrak hatte ich, also zog ich los. Nur ein paar Autos traf ich in der ersten Nacht. Ich grüßte und sie grüßten — so war alles in Ordnung.

Es war bereits die zweite Nacht und Palästinagebiet. Rechts ein Arm vom Jordan, links Geröll, Felswände. Das Maultier wollte nicht mehr. Ich häut es zu Tode prügeln müssen.

Hinter einem Felsblock, unter einem schüßigen Schatten, dachte ich noch einmal nüchtern nach. Also — zurück.

Auf einem Posten der Kolonialen mache ich Meldung. Spaziert und Weg verloren. Auch mit dem Datum kann ich mögeln. Beim Regiment ist der Kapitän auf Inspektion. Mein Glück, Leutnant Gibdon ist ein feiner Knopf.“

„Also, die Hauptfrage ist, du bist wieder da“ meinte er. „Service ist Service. Zum Spazieren braucht man Permission. Acht Tage ins Loch!“

Der Raier bekam fünfzehn für die Affäre. Meine acht waren noch geschenkt, wegen Mannschaftsmangel. Da gab es viel Arbeit an der Libanonbahn.

„Na,“ meinte der Dicke, „Glück hab ich ja gehabt.“ Dann spuckt er noch einmal kräftig. „Vier Jahre Tonting, dann ist Retrait!“

„Halt's Maul,“ sage ich, „wir sind hier nicht auf einem vaterländischen Abend. Die Löne kannst du in der Schnauze behalten!“ Ich war wirklich ärgerlich. Erstens war mir ein Schluß Rotwein in die unrechte Kehle gekommen und dann hatte der Kerl da mit der „Stolzen Platte Schwarzweihrot“ losgequatscht. Nicht, daß der vielleicht „national“ gewesen wäre, er wollte bloß seinen Mut zeigen.

Deshalb zetert er auch los. „Ihr mit eurer schüßigen Angst, ihr —“ Aber der Dicke fährt ihm über das Maul. „Du kommst allein fingen, morgen, wenn du nüchtern bist.“

„Oh, ihr, hupp — ihr versteht mich nicht — hupp — Heimat — hupp.“ Der Blasse war eben gerührt.

„Na,“ beruhigt der Emil, „ihr könnt ja auch was fingen, woran nicht jeder gleich merkt, daß ihr besoffen seid. Dann brauchen sie den da“ — dabei deutete er auf mich — „nicht gleich wegen Aufwiegelung zur Desertion verhaften.“

„Ich bin nicht besoffen —“ will der Blasse wieder losplärren. Aber der Dicke schaut ihn nur strafend an und sagt: „So singt doch mal, na — Am Brunnen vor dem Tore.“

Allgemeines Begrünze der Zustimmung. Eine etwas zitterige Stimme mischt sich mit einer dröhnenden — eine grölende mit einer klingenden. Selbstmag es dem französischen Ohr klingen: Du fändest Ruhe dort, du fändest Ruhe dort. Schweigend fällt der Dicke die Becher.

„Ich desertier — ich desertier in Alexandria,“ flüstert der Blasse.

„Das kannst du machen, wenn sie dich für die nächsten fünf Jahr haben,“ orient Emil. „Vorkäuflich wärst du in drei Wochen fertig. Vor vier Jahren sind wir auf der Rede gelegen. Warum bist du nicht geschwommen? Weil du gesunken wärst, wie ein Stein, du besoffenes Huhn, du!“

„Na, ist egal,“ sagt der Dicke. „Für Indochina hab ich nun meine fünf Jahre. Mir war leid um die Fatma — war ein hübsches Mädchen.“

„Ja, ein hübscher Schneid — das sagen viele —“ hegt der Blasse los.

„Schweig!“ herrscht ihn der Dicke an. „Bar nie dabei. Was gehts mich an. Wenn ich kam, war sie mein. — Mein!“ schreit er den Blassen an. Und leise sagt er dann: „Sie war — ein hübsches Mädchen.“

haben Chinin in Mengen, aber das Fieber brach doch aus und holte sich seine Opfer.

Es ist unheimlich heiß. In dieser Glut werden selbst die Träume gedörnt, und das menschliche Hirn wird matt. Im Lazarett liegen die Kranken.

Der junge Bauernsohn. Ihn war es zu langweilig im Heimatdorf. Er wollte weg von der schweren Arbeit, fort von den abgegrizelten Feldern, die trotz allem Sich-Verdrackern nicht so viel Ertrag abwarfen, daß man sorgenfrei durchs Leben kam. Er wollte fort aus dem Dorf, wo einer den andern kennt. Fernweh trieb ihn in den Kolonialdienst. Und jetzt wird sein Blut aufgefogen vom Fieber. Der junge Bauer weiß, daß er dem Tode entgegensteht. Er hat keine Angst vor dem Tod, aber er hat Angst vor dem Vergrobenwerden. Unaufhörlich denkt er an die kühle Erde daheim. O, wie so frisch und würzig Erde duften kann. Erde, heilige Erde, aus der alles Leben sprieht, nach der alles Leben zurückgeht. Er sehnt sich nach der Erde. Doch werden keine Erdschollen auf seinen Sarg postern. Seine dürren Finger tasten über seine Bettdecke und verspüren Sand. In den Sand wird seine Leiche kommen. Er stirbt schwer, er hinterläßt Eltern und Freunde und Kameraden, und doch sind seine letzten Gedanken nicht bei ihnen. Ihn packt ein Grauen vor dem Sand, und er schreit den Tod an: „Ich will nicht in den Sand verscharrt werden!“

Der Tod greift auch nach dem jungen Seemann. Er ist der Sohn eines Fischers. Seit frühester Jugend fuhr er mit dem Vater hinaus aufs Meer, legte Rege aus und holte sie wieder ein. So primitiv und gefahrlos, wie man es in dem kleinen Fischerdorf gewohnt war. Der junge Seemann kannte nicht die Welt, er kannte nur das Meer, und er dachte, die schwankenden Bootsplanen seien Wohnung und das Meer sei Heimat, bis er Anna Kathrin kennenlernte. Anna Kathrin hatte das Meer. Es hatte ihr Großvater, Vater und Bruder genommen. Es standen die Schrecken zu vieler Sturmächte in ihrer Seele. Für sie schien die Sonne immer nur wie durch einen Vorhang von Tränen. Selbst wenn die Wolken wie leichte Boote am Karblauen Himmel segelten, dachte sie immer an die vielen unfreundlichen Monate des Jahres, in denen die dunklen, schweren Wolken gleich unheilbedrohenden Raubvögeln über den Dächern der kleinen Häuser des Fischerdorfes liegen. Anna Kathrin wollte zur Ruhe kommen, und darum lehnte sie sich nach einem Häuschen irgendwo landeinwärts. Und der junge Seemann fuhr mit Anna Kathrin an ihrem Verlobungstage in ein kleines, einfaches Balddorf. Dort saßen sie sich an die Hände und starrten in den blauen Himmel und staunten beide, wie ruhig die Bäume standen. Sie waren gerade gewachsen und nicht vom Sturm zerzaust und vom Wind nach der Seite geneigt wie an der See. Diese Ruhe, er wollte sie ihr verschaffen, der junge Seemann, und er ging in die Kolonien, die für so viele der Unweg zum Glück bedeuten.

Nun liegt er hier sterbend. Die Nervenkraft ist aufgezehrt. Er weiß, er schafft nichts mehr, weder für sich noch für die Anna Kathrin. Er kämpft dagegen, aber die Tränen laufen ihm über die Wangen. Bis ihn jene Ruhe umfängt, die Anna Kathrin sich wünschte. Mit dem Traum von einem stillen Dorf in praller Mittagssonnenglut geht er ein in das Reich des Todes.

Er sieht nicht das Sterben der andern. Er liegt in einem Zimmer allein, er, der junge Offizier. Sein Bursche sitzt bei ihm, beruhigt ihn, denn er glaubt, daß der junge Offizier in Fieberphantasten lebt. Doch trotz der hämmernenden Fieberwellen in seinen Schläfen ist der junge Offizier bei vollem Verstand. Er sehnt sich nach seinem Kinde, nach seinem Kind, das er bislang verleugnete. Es trat für ihn unerwünscht in die Welt. Er verliebte die Mutter, verleumdete und verdächtigte sie; denn das Kind war ihm in seiner eigenen Familie ein Hindernis, und seine Familie gebrauchte er zu seiner Karriere. Sein Vetter war auch Offizier. Wie leicht hätte die Gunst der reichen Tanten umschlagen können, und der Vetter hätte alle Vorteile genossen. Darum verliebte er Kind und Mutter.

Jetzt weiß er, daß er stirbt. Sein Leben hat ein Ende, aber sein Kind ist die Fortsetzung seines Lebens, könnte Sinn, könnte Inhalt werden. Wie bald wird er vergessen sein, kein treuer Freund wird um ihn trauern. Seine Eltern werden jammern, weil der Sohn ihnen unerfüllte Hoffnung blieb. Er, er aber schreit nach seinem Kinde. Keiner hört ihn, ein grenzenloses Gefühl der Einsamkeit überfällt ihn, niemand will ihn verstehen. Anfast schmürt ihm die Kehle zu und mit dem Gedanken: „Leht verflucht dein Kind dich“, röchelt er in seine Todesstunde hinein.

Aus dem Fort schafft man viele, viele, die am Fieber starben. An den Umsfassungsmauern des Forts, an denen gleich kalzigen Nordseewellen der Sand nagt, geht mit großen, langsamen Schritten ein Beduine vorbei. Dank seines weißen, ihn umhüllenden Mantels riecht ein kühlender Luftstrom ihm in den Nacken. Der Beduine deutet mit der Hand nach dem Fort und sagt zu seinem Sohn: „Allah hu akbar!“ Gott ist größer, das Klima ist mächtiger als die größte Kolonialmacht.

Das Dunkel um das Flick-Geschäft

Wann wird der Öffentlichkeit reiner Wein eingeschenkt?

Ueber dem Geschäft des Reiches bzw. der Dresdener Bank mit Friedrich Flick, dem Beherrscher der Vereinigten Stahlwerke, liegt nach wie vor fast völliges Dunkel. Kein Mensch kennt die Summen, mit denen Herr Flick seine Gelsenkirchener-Aktien im Inland und Ausland hat beliehen lassen. Niemand weiß, wieviel von inländischen Banken, wieviel von ausländischen Banken und zu welchem Kurs beliehen worden ist. Man kann nicht einmal den genauen Betrag von Gelsenkirchener-Aktien, über den Flick verfügt oder verfügt hat. Es werden Beträge von 65, 70 aber auch von 110 Millionen Gelsenkirchener-Aktien genannt. Am wahrscheinlichsten ist die letztere Ziffer, wobei aber angenommen werden kann, daß sich 20 Millionen nominelle Gelsenkirchener-Aktien schon jetzt im Besitz der Dresdener Bank befinden. Niemand kennt auch die Fälligkeit der Lombardkredite. Wahrscheinlich ist nur, daß eine holländische Lombardschuld zum 1. Juli fällig ist und daß diese Fälligkeit die Transaktion mit dem Reich vorwärts getrieben hat.

In Erwartung dieser Fälligkeit sollen schon unter dem Finanzminister Dietrich Verhandlungen stattgefunden haben und auch eine Zusage erfolgt sein, daß das Reich eventuell einspringt. Unter der jetzigen Regierung sind die Verhandlungen aber erst abschlußreif geworden. Zu klären wäre auch die Frage, was mit dem vom preussischen Staat vermittelten Kredit ist, gegen den ebenfalls Gelsenkirchener-Aktien von Flick als Pfand gegeben wurden. Auch diese Aktien sollen eventuell vom Reich erworben werden.

Die Reichsbehörden haben bis jetzt geschwiegen.

In einer Mitteilung des W.B.-Handelsdienstes, die von den zuständigen Stellen stammen könnte, wird gesagt, daß das Flick-Geschäft eine Angelegenheit sei, die zwischen den beteiligten Banken und Flick erledigt werde. Sollte das die Auffassung des Reichsfinanzministeriums sein, so wäre diese Auffassung unhaltbar. Die Dresdener Bank führt in erster Linie die Verhandlungen, das Reich ist Großaktionär der Dresdener Bank. Dieser Großaktionär hat sich um Geschäfte zu kümmern, in denen möglicherweise ein großes Risiko für das Reich als Großaktionär steckt. Er hat sich um so mehr darum zu kümmern, als die Dresdener Bank mit riesigen Staatsmitteln arbeitet, die Steuergebern entnommen sind. Die Öffentlichkeit muß verlangen, daß das Reichsfinanzministerium über das Geschäft rückhaltlos Auskunft gibt und auch das Parlament vor der Erledigung des Geschäftes einschaltet oder aber das Geschäft nur mit Vorbehalt zustande kommen läßt.

Wie müssen außer den gestrigen noch weitere Fragen stellen.

Es ist unwahrscheinlich, daß die 20 Millionen Mark, die gestern in der Presse als Engagement des Reiches genannt worden sind, ausreichen. Flick hat in den Jahren 1928/29 seine Beleihungsgeschäfte gemacht, als die Gelsenkirchener-Aktien noch einen Durchschnittskurs von wenigstens 150 Proz. hatten. Es ist wahrscheinlich, daß die Aktien zu pari, d. h. zu 100 Proz. beliehen worden sind. Flick hatte 90 Millionen Mark Gelsenkirchener-Aktien zur Verfügung. Es wäre sträflich vom Reich, das Geschäft überhaupt zu machen, wenn nicht die Herrschaft über den Stahlverein angestrebt werden würde. In beiden Fällen aber müssen die Summen, mit denen das Reich Flick aus seinen Verpflichtungen auslösen muß, erheblich größer sein als 20 Millionen Mark.

Wir fragen weiter, wer für die Kurstreiberi bei den Gelsenkirchener-Aktien verantwortlich ist, deren Kurse von Februar bis heute von 24 auf 43 Proz. gestiegen sind. Alle Welt erwartet, daß nach dem Abschluß des Reichsgeschäfts der Kurs wieder auf den alten Stand zurückgeht, was bei dem gestrigen Kursstand der Vereinigten Stahlwerke von 15 bis 16 Proz. auch natürlich ist. Es ist bekannt, daß die Dresdener Bank Gelsenkirchener-Aktien gekauft hat. Hat sie das getan, um den Kurs so weit zu treiben, daß nicht der Eindruck eines unmäßigen Subventionsgeschäftes erweckt wird?

Wir fragen weiter, welche Reichsstelle Herrn Flick die Zusage gegeben hat, ihn aus seinen Lombardgeschäften auszulösen, ebenso, ob nicht schon im September vorigen Jahres eine ähn-

liche Lage wie jetzt bestand, bei der das Reich eingegriffen hat, ohne daß die Öffentlichkeit davon erfuhr.

Wir fragen endlich, ob das Reich die Absicht hat, die Mehrheit der Gelsenkirchener-Aktien zu erwerben und wenn nicht, weshalb sie dann das Geschäft überhaupt macht? Denn aus der holländischen Fälligkeit ergäbe sich keine ernste Gefahr der Ueberfremdung. Und wir stellen auch die Frage, ob die jetzigen Vertragsentwürfe Klauseln enthalten, die einen späteren Bezugs auf den Reichseinfluß in sich schließen. Diese Frage ist bei der jetzigen Zusammensetzung des Reichskabinetts ganz besonders dringlich.

Flicks Herrschaftsgebilde.

Der Öffentlichkeit ist nie recht zum Bewußtsein gekommen, daß der mächtigste Mann der deutschen Schwerindustrie nach dem Tode von Stinnes Friedrich Flick ist. Aber auch bei ihm kann keine Rede davon sein, daß er ein „Wirtschaftsführer“, ein konstruktiver Kopf sei, wie es die Großkapitalisten immer für sich in Anspruch nehmen. Auch er ist nichts weiter als ein Aktien- und Sachhändler, der es allerdings virtuos verstand, die Mittel der Kleinen von ihm beherrschten Gesellschaften so zu verwenden, daß durch Aktienkäufe, Aktienbeliehen und Weiterkaufen eine starke Kapitalmacht entstand. Wenn es nicht langte, haben die deutschen Großbanken — natürlich ohne Kenntnis voneinander — mit nicht gerade kleinen Krediten ausgeholfen. Bieviele von all den Aktienpaketen Herrn Flick heute tatsächlich gehört, das ist freilich eine offene Frage.

Der Schlüssel zu Flicks Machtgebilde ist die A.-G. Charlottenhütte, Berlin, mit einem Kapital von nur 20 Millionen Mark. Herr Flick hat bei ihr den Posten eines Generaldirektors; zu „dirigieren“ gibt es aber dort nur Aktienbeteiligungen, denn die Charlottenhütte ist keine Fabrikations-, sondern reine Holdinggesellschaft. Ob Herr Flick als Privatmann ein wesentlicher Teil des Kapitals der Charlottenhütte gehört, weiß man nicht, muß aber bezweifelt werden. Jedenfalls ist der Erlös aus der Kapitalerhöhung von 9,5 auf 20 Millionen Mark dazu benutzt worden, den Aktienbesitz an anderen Unternehmungen zu vergrößern. Es sind also die Mittel seiner Gesellschaft, die der Generaldirektor zum Aufbau seiner persönlichen Macht verwandt hat.

Die Charlottenhütte besitzt zunächst 80 bis 90 Proz. des Kapitals (22,5 Millionen Mark) der Maximilianshütte, eines schmerindustriellen Werks in der Oberpfalz. Ferner hat sie 50 Proz. des Kapitals (50 Millionen) der Mitteldeutschen Stahlwerke, deren Werke in Sachsen und Brandenburg liegen. Die Mittel-

deutschen Stahlwerke besitzen ihrerseits die Mehrheit des 30-Millionen-Mark-Kapitals von Linke-Hoffmann-Busch, ferner 65 Proz. des Kapitals (6 Millionen Mark) des Stahlwerks Henningsdorf und die Hälfte des Kapitals der Schrotthandelsfirma Schweiger u. Doppler, die vor kurzem durch die Spekulations- und Betrugsmanöver ihrer Direktoren von sich reden machte. Die Maximilianshütte besitzt nahezu sämtliche Ruxe der Gewerkschaft Vittoria (Braunfohle) und der Gewerkschaft Mont Cenis (Steinfohle).

Bedeutender ist der zweite Teil der Charlottenhütte-Beteiligungen, auf denen Herrn Flicks Einfluß auf die Schwerindustrie des Ruhrgebiets beruht. Die Charlottenhütte besitzt zunächst aus dem Verkauf ihrer eigenen Werke an die Vereinigten Stahlwerke im Jahre 1926 etwa 20 Millionen Mark Stahlvereins-Aktien. Vor allem aber hat die Charlottenhütte in den letzten Jahren Aktien der Gelsenkirchener Bergwerks A.-G., deren Kapital 263 Millionen Mark beträgt, gekauft. Der Besitz an Gelsenkirchener-Aktien wird verschieden, zwischen 70 und 110 Millionen Mark, angegeben; auf alle Fälle stellt er die ausschlaggebende Macht dar. Und jetzt wird die Sache ganz kompliziert: die Gelsenkirchener Bergwerks A.-G. ist im wesentlichen Holdinggesellschaft; sie besitzt von den 775 Millionen Mark Kapital der Vereinigten Stahlwerke 31,5 Proz. oder 252 Millionen Mark, dazu etwa 95 Millionen Mark Aktien der Phönix A.-G. für Bergbau (Kapital 205 Millionen). Diese, die Phönix, verfügt wiederum über 90 Proz. des Kapitals (22,5 Millionen) der Stahlwerke von der Zypen-Wissen und über 193 Millionen Mark Stahlvereins-Aktien. Von der Zypen-Wissen hat ihrerseits noch 19 Millionen Mark Stahlvereins-Aktien. Die Gelsenkirchener Bergwerks A.-G. verfügt also insgesamt über 464 Millionen Aktien des Stahlvereins (252 Millionen eigene, 193 Millionen bei Phönix, 19 Millionen bei van der Zypen), des größten und wichtigsten Stahltruffs Deutschlands.

Auf diese Weise, daß immer die beherrschte Gesellschaft einen Teil des Kapitals einer anderen Gesellschaft kauft, vervielfältigt sich die Kapitalmacht. Die Charlottenhütte selbst hat nur ein Kapital von 20 Millionen Mark, besitzt zwischen 70 und 110 Millionen Mark Gelsenkirchener-Aktien und beherrscht damit 464 Millionen Mark Stahlvereins-Aktien. Natürlich ist Herr Flick in allen irgendwie abhängigen Gesellschaften Mitglied oder gar Vorsitzender des Aufsichtsrats (natürlich mit den entsprechenden Lantimen). Zum Zusammenkauf der Aktienpakete haben aber die Mittel der Charlottenhütte nicht ausgereicht. Der Aktienbesitz wurde im In- und Ausland gegen neue Kredite verpfändet. Jetzt, da die Kredite fällig werden, sind die Aktienkurse stark gefallen, und Bar-mittel sind nicht vorhanden. Also soll das Reich einspringen!

Für die wertmäßige Beurteilung der Flickschen Aktienmacht kann natürlich nicht der Nominalwert der Aktien, sondern nur die innere Substanz der arbeitenden Werke entscheidend sein. Die 464 Millionen Mark Stahlvereins-Aktien haben bei einem Kurs von 16 Proz. heute nur einen Wert von 75 Millionen Mark. Darans ergibt sich die überragende Bedeutung des Kurzes, den das Reich für die in Holland occupierten Gelsenkirchener-Aktien, die ihren Wert allein in der Beherrschung des Stahlvereins haben, zahlen soll.

Deutsche Elektrizitätswirtschaft.

Zusammenfassung und Verstaatlichung sind eine Notwendigkeit.

Mit fast einem Jahr Verspätung veröffentlicht jetzt das Statistische Reichsamte die Ergebnisse der Erhebung, die föhlich über die Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft in Deutschland durchgeführt wird. Für eine Beobachtung der Konjunkturerwicklung kommt die Veröffentlichung zu spät; aus den Angaben sind jedoch einige Tendenzen erkennbar, die beachtet werden müssen.

Deutsche Stromerzeugung in Milliarden Kilowattstunden.

Jahr	Insgesamt	Öffentliche Werke	Betriebseigene Anlagen
1926	21,2	10,2	11,0
1927	25,1	12,3	12,8
1928	27,9	14,1	13,7
1929	30,7	16,4	14,3
1930	28,9	15,9	13,0

Das Jahr 1930 brachte also insgesamt einen Rückgang der Stromerzeugung um 6 Proz.; während aber die Stromerzeugung der betriebseigenen Anlagen um fast 9 Proz. zusammenschumpfte, verminderte sich die Erzeugung der öffentlichen Werke um noch nicht 3 Proz.

Die Bedeutung der betriebseigenen (privaten) Anlagen hat also weiterhin abgenommen.

Es sind in der Hauptsache vier Industrien, die den größten Teil ihres Strombedarfs durch Eigenerzeugung decken: der Bergbau, die Eisen-

industrie, die chemisch-metallurgische Industrie und die Papierindustrie. Auf diese vier Industrien entfielen im Jahre 1930 85 Proz. derjenigen Strommenge, die in sämtlichen betriebseigenen Anlagen Deutschlands erzeugt wurden.

Die betriebseigenen Anlagen sind erklärlicherweise fast ausschließlich in Händen privater Unternehmungen. Diejenigen Elektrizitätsanlagen, die ihren Strom an andere Verbraucher verkaufen, befinden sich zum übergroßen Teil im Besitz der öffentlichen Hand.

Von den 1587 öffentlichen Werken, die im Jahre 1930 in Deutschland tätig waren, gehörten 617 privaten Unternehmern; 165 waren gemischt wirtschaftliche Organisationen, d. h. an ihnen waren privates Kapital und öffentliche Hand beteiligt, 7 gehörten dem Reich, 54 der Reichsbahn, 25 den Ländern, 31 Provinzen und Kreisen und 586 den Gemeinden.

Noch stärker kommt der geringe Anteil des Privatkapitals in der deutschen Elektrizitätserzeugung zum Ausdruck, wenn wir die installierte Leistung und die Stromerzeugung betrachten.

Die installierte Leistung der Elektrizitätswerke belief sich auf 7,96 Millionen Kilowatt.

Hieraus entfielen nur 0,88 Millionen auf Privatwerke, dagegen 2,10 Millionen auf gemischt wirtschaftliche Unternehmungen, und die

Handarbeit gegen Arbeitsnot!

Bei der Maschine genügt schon eine einzige Arbeitskraft zur Versorgung von

10.000 Rauchern

bei der Perusa Handarbeitszigarett geben schon

200 Raucher

einer Arbeitskraft Verdienst und Brot.

Raucht Perusa-Handarbeitszigaretten zu 4 8u. 5 8

Ihr helft der deutschen Wirtschaft

